

Januar 2013

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Aktuell

SEITE 5

Arbeit

SEITE 13

Leben

SEITE 24

Bezirk

SEITE 28

**Kurzarbeitergeld:
nicht für Leiharbeiter**

**Brückentage:
jetzt schlau planen**

**Steuererklärung:
Worauf achten?**

metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 65 | D 4713

Alltag eines
Leiharbeiters

**GANZ
unten**



Aktuell

E-Mail und kein Ende. Wenn es nicht um Leben und Tod geht, gibt es für Vorgesetzte keinen Grund, Beschäftigte in deren Freizeit eine E-Mail zu schreiben. Was Betriebsräte tun, wenn die E-Mail-Flut nach Feierabend und im Urlaub kein Ende nimmt, erklärt Peter Donath. Er leitet das Ressort Betriebspolitik beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt am Main. **Auf den Seiten 8 bis 9 »**

Arbeit

Urlaub verdoppeln. Endlich mal wieder ein arbeitnehmerfreundliches Feiertagsjahr. Wer die Brückentage optimal nutzt, profitiert von vielen arbeitsfreien Tagen am Stück. Oft regeln Betriebsvereinbarungen, bis zu welchem Zeitpunkt die Urlaubsplanung – auch für Brückentage – erfolgen muss. **Auf Seite 13 »**

Titelthema



Aus dem Leben eines Leiharbeiters. Bernd K. ist seit vielen Jahren Leiharbeiter. Exklusiv für die metallzeitung schrieb er seine Lebens- und Leidensgeschichte auf. Er erzählt, wie ihn die Leiharbeit krank machte und zermürbte. Bernd K. ist Metaller und er sagt auch, warum es sich lohnt, aufzustehen und zu kämpfen. Er wünscht sich ein Leben mit einem sicheren und fairen Arbeitsplatz ohne Angst und ständige Erniedrigung. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Foto: Reiner Voß

Chancen

17 Prozent mehr. Wenn im Betrieb ein Tarifvertrag gilt, zahlt sich das für Ingenieurinnen und Ingenieure aus. Hier verdienen sie im Schnitt 17 Prozent mehr als ihre Kolleginnen und Kollegen in Betrieben ohne Tarifvertrag. Wovon die Höhe ihres Einkommens außerdem abhängt, steht im neuen Flyer der IG Metall. **Auf Seite 27 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler
Beauftragter der Herausgeber: Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Fabienne Melzer

Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151 81 27-0
Fax: 06151 89 30 98
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:
0800 446 38 25
Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069 66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als **Word- oder als PDF-Datei**. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de.

Titelfoto: Reiner Voß

VERLOSUNGEN – DIE GEWINNER

Gerechtigkeit, reloaded

Je ein Exemplar des Buches »Mehr Gerechtigkeit wagen« mit Widmung von Detlef Wetzels geht an:
Iris Bauer, Passade; Karin Botje, Twistetal; Hüsseyin Ciliz, Rüsselsheim; Karl-Heinz Hummen, Siegen; Paul Kniejski, Überherrn; Klaus Morlock, Ispringen; Margit Reschke, Wolftratshausen; Tina Schindler, Filderstadt; Robert Schrodt, Hagen; Markus Stauber, München.

»Gemeinsam für ein gutes Leben«

Da strahlte **Svenja Zühlke aus Hattingen**. Sie erhielt den Hauptgewinn, den es bei der Roadshow zur Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« gab. Den Gutschein für tolle Elektrogeräte kann die Auszubildende bei den Deutschen Edelstahlwerken in Witten gut gebrauchen. Svenja zieht bald in eine eigene Wohnung. Je ein Macbook ging an **Sebastian Henn aus Erlangen**, **Nuriye Sahin aus Hackenheim** und **Norbert Plikat aus Rostock**.

Die Gewinne gab es im Rahmen der Roadshow. Die war vom 20. April bis Ende Oktober in 90 Städten unterwegs. Rund 12 000 Menschen besuchten den IG Metall-Bus. Wer wollte, konnte an einer Befragung über seine Arbeitssituation sowie an der Verlosung teilnehmen. ■



Foto: IG Metall

Mathias Hillbrandt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Witten, gratuliert der Gewinnerin Svenja Zühlke.

Neuer Gesellschaftsvertrag **metallzeitung** 12/2012, Titel zur Kurswechsel-Debatte

»Eine hervorragende Titelgeschichte, die zu dem Schluss kommt: Wir brauchen einen neuen gerechten Gesellschaftsvertrag. Die Frage, die sich stellt, ist: Mit welchen gesellschaftlichen und politischen Kräften ist dieser Vertrag zu schließen? Es ist aber auch zu beantworten, welche Gruppierungen diesen Vertrag nie unterschreiben werden. In den Vertrag gehören Mindestlohn, Rentenversicherung, Leiharbeit und Grundversicherung. Sind die beiden Volksparteien, die Säulen des de-

mokratischen Systems, überhaupt in der Lage, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu stemmen?«
Reinhard Wawziniak, Dortmund

»Sie haben recht, Zukunft beginnt jetzt. Wenn nicht klar ist, wohin die Reise geht, kommt man irgendwo an, aber sehr wahrscheinlich nicht dort, wo man hinwill. Allerdings sind nicht alle aufgeführten Argumente einsichtig. In 4,5 Milliarden Autos ist kein echter Lebensvorteil zu erkennen. In der Spalte »Ökologie« spricht der Professor von leichteren Autos, die sparsamer sind. Ein ähnliches Argument traf mich bei der Be-

Kurswechsel für ein gutes Leben

KLARE ZIELE

2013 wird politisch ein entscheidendes Jahr. Ihre Schwerpunkte hat die IG Metall bei einem Kongress in Berlin festgelegt.



Foto: Christian von Polentz

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall: »Die IG Metall bringt sich immer ein, wenn wichtige politische Weichenstellungen anstehen.«

Fast 1000 Menschen aus aller Welt haben sich im Dezember auf Einladung der IG Metall in Berlin zusammengefunden: Wissenschaftler, Betriebsräte, Verbandsvertreter, Politiker. Mit Luiz Inácio Lula da Silva war der ehemalige Präsident Brasiliens dabei. Wir haben über die wichtigsten politischen Fragen diskutiert. Wie bewältigen wir den ökologischen Wandel? Wie erreichen wir mehr Gerechtigkeit? Wie schaffen wir gute Arbeit und dämmen prekäre Beschäftigung ein? Wie schaffen wir mehr Mitbestimmung? Wie gestalten wir die Industriepolitik der Zukunft? Last but not least: Wie sichern wir die Zukunft der jungen Menschen, die von der Krise in Europa am stärksten betroffen sind?

Umsetzen. Die IG Metall ist dafür bekannt, ihre Positionen auch in die Praxis umzusetzen. Sie ist und bleibt auch im Wahljahr eine Einheitsgewerkschaft, also unabhängig von Parteien. Deshalb

machen wir unsere eigenen Positionen im Wahlkampf stark. Wir fordern in Deutschland eine faire Ordnung am Arbeitsmarkt. Das heißt: Zurückdrängung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und es heißt: mehr Mitbestimmung. Wir fordern eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. In Deutschland und Europa brauchen wir Investitionen in Bildung und Wissenschaft, in die Energiewende und Elektromobilität, in Rohstoffeffizienz und Infrastruktur. Mit neuen, ökologischen Arbeitsplätzen schaffen wir Perspektiven für die junge Generation.

Das geht ohne neue Schulden. Für die notwendigen Mittel fordern wir eine Vermögensabgabe von jährlich zwei Prozent auf alle Vermögen von mehr als einer Million Euro. Das ist leistbar. Es gibt keine sinnvollere Investition als in die Zukunft von Deutschlands und Europas Wirtschaft. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. ■

Berthold Huber

? FRAGE UND ANTWORT

»Warum soll ich als Rentner überhaupt noch IG Metall-Mitglied sein? Ich habe doch gar nichts mehr davon.«

Eberhard R., per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Es gibt viele Gründe, auch als Seniorin oder Senior Mitglied bei der IG Metall zu sein. Zum einen natürlich, Teil einer starken Gewerkschaft zu sein und die Forderungen der IG Metall solidarisch zu unterstützen. Denn: Steigen die Löhne und Gehälter, dann steigen auch die Renten.

Weitere gute Gründe: Die Freizeit-Unfallversicherung gilt auch für Seniorinnen und Senioren. Außerdem unterstützt die IG Metall in sozialrechtlichen Fragen wie beim Streit mit der Krankenkasse oder der Rentenversicherung. Und: Auch im Todesfall helfen wir den Angehörigen, so gut es geht. Im Todesfall erhalten Hinterbliebene von der IG Metall ein Sterbegeld. ■

bei anderen Firmen erging es wie in den von Ihnen beschriebenen Fällen. Einem wurden Fahrgeld und Zuschläge gestrichen, sodass er etwa 100 Euro weniger hatte. Da der Entleihbetrieb einen sehr guten Betriebsrat hat, wurde ihm schnell geholfen. Der Betriebsrat hat die Verleiher am Schwarzen Brett bekannt gemacht. Um nicht als Buhmänner dazustehen, sprachen sie allen Kollegen die Zulagen wieder zu. ◀

Dirk Evers, Puls

Nur Peanuts

metallzeitung 12/2012,

Pflaume des Monats

»Was Ihr in Eurer Pflaume aufgegriffen habt, sind, gelinde gesagt, »Peanuts«. Diese Bezeichnung hätte der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück verdient. Was er mit seiner »Honoraraffäre« geboten hat, ist kaum zu übertreffen. Wer als SPD-Genosse so geldgierig durch die Lande zieht, wird hoffentlich nicht Kanzler. Er bekennt sich heute noch zu den von ihm mitbeschlossenen Reformen unter Schröder. Alle sogenannten arbeitsmarktpolitischen Öffnungen wie Zeitarbeit, Niedriglohn, Minijob und andere Türöffner gehen mit auf sein Konto. Darum ist er für mich die Pflaume des Monats Dezember 2012. ◀

Klaus Okrafka, Berlin

Nicht geschenkt

metallzeitung 12/2012,

Gerechtigkeit, reloaded

»Die Errungenschaften der 50er- und 60er-Jahre kamen nicht von Erhards Gnade. Sie wurden von Gewerkschaften errungen. Auch die 35-Stunden-Woche wurde uns nicht von Kohl geschenkt, sondern in langen Streiks erkämpft. Fazit: Was wir uns nicht erkämpfen, kriegen wir auch nicht. Leiharbeit, Tarifflicht, Werkverträge, Hartz IV und Rente mit 67 schaffen sich nicht von allein ab. Wir müssen Druck machen. »Umfairteilen« könnte ein Anfang sein. ◀

Thomas Mehner, Krefeld

gründung des Staudammes Belo Monte in Brasilien. Strom aus dem Urwald für Aluminium aus dem Urwald für Autobauer in Deutschland. Das sind ökologisch angestrichene Mogelpackungen. ◀

Robert Atzmüller, per E-Mail

Sehr guter Betriebsrat

metallzeitung 12/2012,

Zuschläge für Leihbeschäftigte

»Mir kam alles sehr bekannt vor, was Sie schilderten. Ich persönlich habe das zum Glück nicht mehr erlebt, weil ich in eine feste Anstellung wechseln konnte. Manpower hat den Tarifvertrag alles in allem umgesetzt. Aber einigen Kollegen

BILD DES MONATS

Opel und Bochum

Opel – soweit das Auge reicht. Seit 50 Jahren prägt der Autobauer das Bild und die Wirtschaft der Region in und um Bochum. Geht es nach dem Willen von General Motors ist damit 2016 Schluss. Im Dezember gab Opel-Interimschef Thomas Sedran das Aus für die Produktion in Bochum bekannt. Bleibt es bei der Entscheidung, verlieren rund 3000 Menschen ihre Arbeit.

Für die IG Metall ist die Entscheidung eine Kampfansage an die Belegschaft. Der Erste Vorsitzende Berthold Huber forderte das Unternehmen auf, betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und einen Wachstumsplan vorzulegen. Opel müsse seinen Marktanteil in Europa deutlich steigern. Dazu brauche es Investitionen in Milliardenhöhe.

Fehler des Managements. Die Arbeitnehmervertreter machen Managementfehler für die Krise verantwortlich. Berüchtigt ist noch immer die Ära des Managers López. Unter seinem Sparkurs litt erst die Qualität, dann das Image und schließlich der Verkauf.

Als Opel in den 60er-Jahren nach Bochum kam, bedeutete das für die Region wirtschaftlichen Aufschwung, nachdem Kohle und Stahl in die Krise geraten waren. Mitte Dezember wollten die Bochumer das 50-jährige Bestehen ihres Werks feiern. Die Feier wurde abgesagt. In Bochum fürchten Tausende Menschen um ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Mehr zu den Entwicklungen:

 igmetall-nrw.de



Foto: dpa-Zentralbild / eurofufbild.de/pa

Kurzarbeit verlängert

ARBEIT | Das Kurzarbeitergeld wird nun für ein Jahr und nicht wie bisher für sechs Monate gezahlt. Das reicht der IG Metall nicht. Auch Leiharbeiter sollen profitieren.

Mahle, Thyssen-Krupp und der Lastwagenhersteller MAN – diese Unternehmen haben eines gemeinsam: Sie spüren die schwächelnde Konjunktur, haben Kurzarbeit beantragt und profitieren künftig von längerem Kurzarbeitergeld. Die Regierung hat den Bezug von sechs auf zwölf Monate verlängert.

Die IG Metall begrüßt die Verlängerung als ersten Schritt. Sie kritisiert allerdings, dass die neue Regelung nur für Stammbeschäftigte gilt. Leiharbeiter gehen bislang leer aus. Sie sind jedoch die Ersten, die in Krisenzeiten ihren Job verlieren. »Es ist ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges, die Leiharbeiter bei der Kurzarbeiterregelung außen vor zu lassen«, sagte Detlef Wetzels,

Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Er fordert deshalb, dass auch Leihbeschäftigte in Betrieben, in denen kurzgearbeitet wird, das Kurzarbeitergeld erhalten.

Keine Entlassungen. Mit der Kurzarbeit können Unternehmen die Produktion anpassen, ohne Mitarbeiter zu entlassen. Die Arbeitszeit wird reduziert und der geringeren Auslastung angepasst.

Bereits mit den ersten Anzeichen für eine nachlassende Konjunktur hat die IG Metall gefordert, die Bezugsdauer der Kurzarbeit auf 24 Monate zu verlängern. Das hatte sich bereits in der Wirtschaftskrise 2008/2009 bewährt. ■

Ellen.Klement@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Wenn Rechte rechnen, kommt es auf Tausende nicht an

Mutti muss mal wieder nach dem Rechten sehen. Ob sie weiß, wie es in den Aktenschränken von Klein-Holger Apfel und seiner NPD aussieht? Schlimm, nach allem, was man aus der Bundestagsverwaltung hört. Die Buchführung im Schuhkarton manches Kleingewerbetreibenden muss dagegen für Finanzprüfer eine wahre Freude sein. Oder war die lose Blattsammlung, die die Partei 2008 der Bundestagsverwaltung als Rechenschaftsbericht vorlegte, Tarnung? Darin versteckt: 635 000 falsch verbuchte Euro. Das rechnete das Bundesverwaltungsgericht aus und verdonnerte die NPD zu 1,3 Millionen Euro Strafe. Vielleicht war es gar keine Absicht. Die NPD rechnete, so gut sie konnte. Schließlich taten sich schon ihre Großväter mit Zahlen schwer. Bei ihnen dauerten 1000 Jahre bekanntlich 12. ■

**NPD-Chef
Holger Apfel.**

Foto: Jens Büttner/dpa/pa

ZAHLEN UND FAKTEN

10 Prozent: Hohe Löhne und wettbewerbsfähig – das passt zusammen: Exportierende Industriebetriebe zahlen bis zu zehn Prozent höhere (Real-)Löhne als die anderen. Jeder dritte Arbeitnehmer ist in einer Firma beschäftigt, die Güter oder Dienstleistungen exportiert.

6,0 Milliarden: So viele Kleidungsstücke haben Verbraucher in Deutschland 2011 gekauft – und eine Million Tonnen Kleidung warfen sie auf den Müll.

80 Prozent: Vier von fünf Unternehmensfusionen und fast die Hälfte aller Auslagerungen bringen nicht den gewünschten Erfolg. Als Grund wird in einer Studie der Uni Leipzig vermutet: Die Auswirkungen auf die Beschäftigten wurden vernachlässigt.

9,0 Prozent: Frauen erhalten öfter befristete Jobs als Männer. 2011 hatten 6,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Männer Zeitverträge, aber 9 Prozent der Frauen. Bei Einstellungen bekamen 49 Prozent der Frauen Zeitverträge, aber »nur« 42 Prozent der Männer.

226 Tote: 226 Menschen sind im ersten Halbjahr 2012 in Deutschland bei Arbeitsunfällen gestorben, 25 mehr als im ersten Halbjahr 2011. Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle insgesamt ging um rund zwei Prozent zurück: auf 450 689.

89 Milliarden: So viele dienstliche E-Mails werden weltweit Tag für Tag verschickt. Hunderte Milliarden Stunden dauert es, sie zu lesen (siehe auch Seite 8).



Weiterbildung kann Arbeitslose weiterbringen. Doch zu oft parkt die Arbeitsagentur sie in sinnlosen Kursen.

Foto: Arne Dedeert/dpa/pa

Sinnlos verdonnert

HARTZ IV | Jedes Jahr geben Arbeitsagenturen und Jobcenter eine halbe Milliarde Euro für »aktivierende« Maßnahmen aus. Zahllose, oft dubiose Bildungsträger profitieren davon. Die Maßnahmen sind meist billig und sinnlos. Trotzdem müssen die Erwerbslosen dort hin. Für die Statistik und um Kurse zu füllen.

Über eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger haben die Jobcenter im Jahr 2012 verhängt. In der Regel bedeutet das die Kürzung des Arbeitslosengelds II. Sanktionsgrund sind meistens versäumte Termine. Oft steckt dahinter, dass Erwerbslose sich weigern, an »aktivierenden« Maßnahmen teilzunehmen, die ihnen nichts bringen.

»Die Maßnahmen laufen immer gleich: Der Referent spult eine Präsentation ab und verschwindet zum nächsten Kurs. Die Leute bleiben allein zurück und surfen ein paar Tage im Internet, oft zu zweit an Uralt-PCs«, erzählt Ali B., der selbst betroffen ist. Kürzlich wollte ihn sein »Fallberater« im Jobcenter wieder mal zum Bewerbertraining schicken – zum sechsten Mal innerhalb von vier Jahren. Dabei ist Ali B.s Bewerbungsmappe top, sagt sogar der Fallberater. Trotzdem: Er

TIPP

So wehrt Ihr Euch gegen sinnlose Maßnahmen

- Nie eine Eingliederungsvereinbarung im Jobcenter unterschreiben. Nehmt sie mit nach Hause und lasst sie am besten prüfen. Das Jobcenter muss Euch 10 bis 14 Tage Bedenkzeit gewähren.
- Wenn Ihr das Gefühl habt, nicht fair behandelt zu werden: Nehmt einen Beistand nach Paragraph 13 Sozialgesetzbuch X mit.
- Achtet auf die Maßnahmen in der Eingliederungsvereinbarung. Sind sie sinnvoll? Ansonsten sagt höflich »Nein« und schlägt Alternativen vor. Dafür kann Euch das Jobcenter nicht bestrafen.
- Die IG Metall berät Euch, prüft Bescheide und kann Euch gemäß Paragraph 13 Sozialgesetzbuch X auch als Bevollmächtigte vertreten. Im Konfliktfall kann Euch die IG Metall zudem Rechtsschutz geben.
- Viele IG Metall-Verwaltungsstellen haben spezielle Beratungen und Gruppen für Erwerbslose. Eure IG Metall vor Ort findet Ihr hier: igmetall.de/vor-ort
- Der IG Metall-Beitrag für Erwerbslose beträgt 1,53 Euro im Monat.
- Vorsicht vor Tipps im Internet. Seriöse Informationen bietet die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen: erwerbslos.de

muss hin. Eine echte Fortbildung, die seine Chancen wirklich erhöht, bewilligt ihm der Fallberater nicht.

Sinnlose Maßnahmen. Das Internet ist voll mit ähnlichen Berichten. Auch Werner Altmann erlebt diese Fälle immer wieder. Er berät Erwerbslose bei der IG Metall Freiburg. »Vor Kurzem wollte das Jobcenter einen Erwerbslosen zum Bewerberkurs schicken, der selbst jahrelang Bewerbertrainer war.«

Altmann konnte den Unsinn abwenden. Maßnahmen, die nicht zu den Menschen passen, oft wochenlang. Dahinter steckt, dass die Jobcenter den Bildungsträgern die angefragte Teilnehmerzahl und damit auch ihr Geld garantieren, kritisiert Altmann. Das heißt: Der Kurs muss voll werden. Jeder wird dort reingesteckt. Ob Akademiker, Schulabbrecher oder Fastrentner.

Laut Bundesagentur für Arbeit sollen sich die Maßnahmen am Bedarf der »Kunden« und des regionalen Arbeitsmarkts orientieren. Erwerbslosenberater vor Ort berichten jedoch von absurden Kursen auf Kindergarteniveau, wie Muscheln sammeln, Mandalas ausmalen oder richtig Zähne putzen.

Prinzip billig und viel. Zentrales Kriterium ist der Preis: Die »Maßnahmen zur Aktivierung« sind mit durchschnittlich 1000 Euro deutlich billiger, als echte Weiterbildungen. »Bei den Ausschreibungen geht der Auftrag immer an den billigsten Bildungsträger«, berichtet Werner Ahrens, Metaller und Berater bei der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven.

Einer seiner Beraterkollegen, der anonym bleiben will, war früher selbst Referent und kennt das Bildungsgeschäft: »Das Prinzip ist: billig und viel. Allein bei uns in der Region konkurrieren sieben Träger um Aufträge. Das heißt: schlechte Ausstattung, zu wenig Personal und schlecht bezahlt. Die Referenten arbeiten ohne festen Vertrag auf Honorarbasis. Normal sind 13 Euro Stundensatz.«

Sinnlos und billig. Entsprechend dürrig ist die Bilanz der Maßnahmen: Laut Statistik der Arbeitsagentur findet weniger als ein Drittel der Teilnehmer im folgenden halben Jahr einen Job, und wenn, dann meist befristet, als Minijob oder in Leiharbeit. Ohne Maßnahme sieht es kaum schlechter aus. »Die Jobcenter wollen die Leute in Maßnahmen bringen, um sie zu disziplinieren und um die Statistik zu schönen«, erklärt Ahrens. »Was dort passiert, interessiert nicht.«

Dabei wäre das Geld für echte Weiterbildung da, die vor allem gering Qualifizierte bitter nötig hätten: Von den 3,8 Milliarden Euro, die den Jobcentern 2012 zur Verfügung standen, fließen 700 Millionen zurück in die Verwaltung. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

»Überspitzte« Kritik bei Aktionen erlaubt

Wenn IG Metall und Belegschaften Aktionen vor Betrieben starten, rechnen sie normalerweise damit, dass die Firmenchefs nicht so begeistert davon sind wie sie. Im thüringischen Krauthausen ging der Geschäftsführer von DVS Produktion und DVS Technology jedoch im November so weit, dass er vor Gericht zog. Er wollte die Aktionen verbieten lassen. Das Ergebnis vweg: Das gelang ihm nicht.

Gute Arbeit. Das war passiert: In der Aktionswoche »Gute Arbeit – gut in Rente« machte die IG Metall Eisenach auf drohende Altersarmut wegen zu geringer Arbeitseinkommen aufmerksam. Sie versah das Firmenschild von DVS mit Aufklebern; darauf stand: »Dieser Betrieb produziert Altersarmut«. Dieselbe Botschaft prangte auf einem Transparent vor dem Betriebszaun. Am Zaun selbst war zu lesen: »Stadtbekanntester Altersarmutsbetrieb«. Darunter die Information, dass Arbeitnehmer 10,36 Euro Stundenlohn benötigen, um nach 45 Beschäftigungsjahren im Alter

auf 684 Euro Grundsicherung zu kommen. Das Ganze war auf der Internetseite der IG Metall Eisenach mit Fotos dokumentiert.

DVS sah sich durch die Aktion grundlos »an den Pranger gestellt«. Ihr Geschäftsführer versuchte, mithilfe des Arbeitsgerichts Eisenach durchzusetzen, dass die IG Metall solches künftig unterlassen muss, andernfalls sei bis zu 500.000 Euro Ordnungsgeld zu verhängen, »ersatzweise Ordnungshaft zu vollziehen«.

Das tat das Gericht aber nicht. Es räumte in der Abwägung der »Persönlichkeitsrechte« von DVS gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung letzterem Vorrang ein. In der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaft und Unternehmen sei Kritik selbst in überspitzter und polemischer Form im Übrigen durch das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit gedeckt. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Aktenzeichen: 3 Ga 11/12.

Mehr auf der Homepage:

► igmetall-eisenach.de



Die Firma DVS bei Eisenach wollte der IG Metall gerichtlich verbieten, solche Transparente vor den Betrieb zu stellen, hatte damit aber keinen Erfolg.

KURZ & BÜNDIG

34-Stunden-Woche

Porsche verkürzt die Arbeitszeit in Zuffenhausen in der Produktion für 3300 Kollegen auf 34 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich. »Unser Einsatz hat sich gelohnt, es gab intergalaktischen Applaus«, freut sich Porsche-Betriebsratsvorsitzender Uwe Hück. Außerdem können künftig mehr Ingenieure im Entwicklungszentrum bei entsprechend mehr Lohn 40 Stunden die Woche arbeiten. Der Betriebsrat vereinbarte auch, dass Leihbeschäftigte gleich bezahlt und behandelt werden. Zudem gilt eine Quote von maximal acht Prozent für Leiharbeiter inklusive Befristete.

Doppelpass statt Optionszwang

Die IG Metall fordert ein kommunales Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass. Außerdem sollte die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht und die Optionspflicht ersatzlos gestrichen werden.

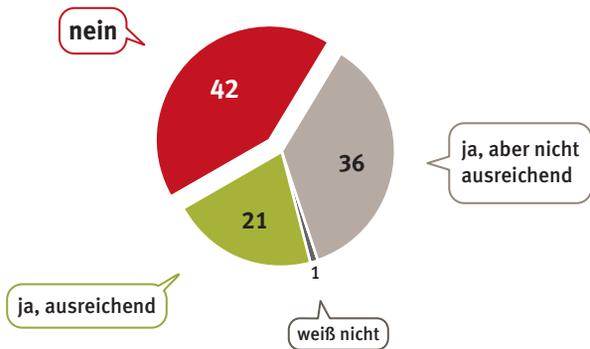
Der Optionszwang bedeutet, dass in Deutschland geborene Migrantenkinder die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen müssen, um die deutsche zu behalten. Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für sie ein Ausweg, wird aber per Gesetz ausgeschlossen.

»Das Signal an diese jungen Menschen ist fatal. Es lautet: Ihr gehört nicht dazu«, so Christiane Benner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall auf der Bundesmigrationskonferenz in Kassel. »Erst sagt man: »Integriert Euch«, dann nimmt man ihnen den Pass weg.« In Deutschland leben 4,5 Millionen Menschen problemlos mit zwei Staatsangehörigkeiten.

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Vorzeitig ausscheiden – für viele nicht drin

»Gibt es in Eurem Betrieb Angebote, die es älteren Beschäftigten ermöglichen, vor der gesetzlichen Rente auszusteigen?« Auf diese Frage antworteten so viele Betriebsräte in Prozent:



Quelle: Befragung der IG Metall

Leiharbeiter länger arbeitslos

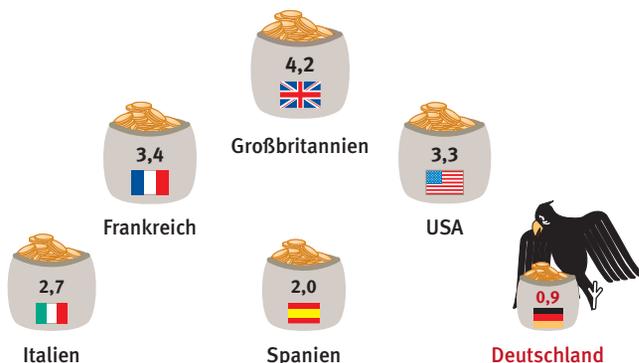
Die durchschnittlichen Einkommen und Zeiten von Arbeitslosigkeit bei Beschäftigten mit und ohne Leiharbeitsphasen, fünf Jahre nach dem Berufsabschluss:



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Deutsche Reiche zahlen am wenigsten Steuern

So viel Steuern auf Vermögen haben Industrieländer im Verhältnis zu ihrem Bruttoinlandsprodukt (Gesamtwert der hergestellten Güter eines Jahres) 2009 eingenommen (in Prozent):



Quelle: OECD/Der Spiegel

Infografiken: Julia Buschmann

Einfach mal

INTERVIEW

Seit E-Mail und Internet mobil geworden sind, lässt die Arbeit viele Menschen nicht mehr los. Für Peter Donath vom IG Metall-Vorstand gibt es nur einen Grund, Beschäftigten in ihrer Freizeit E-Mails zu schicken.

Peter, wann war Dein letztes E-Mail-freies Wochenende?

Peter Donath: Das ist gar nicht so lange her. Im Ernst. Ich versuche mich zu beschränken. Aus Rücksicht auf mich selbst und auf andere. Wenn ich abends E-Mails verschicke, bekomme ich selbst nach zehn Uhr innerhalb weniger Minuten Antworten. Offenbar fühlen sich manche durch meine E-Mail unter Druck, sofort zu antworten. Vorgesetzte sollten Beschäftigten in deren Freizeit keine E-Mails schicken. Wenn es nicht um Leben und Tod geht, gibt es nichts, was nicht bis zum nächsten Arbeitstag warten kann.

Einige Unternehmen stoppen die E-Mail-Flut und schalten Smartphones nach Dienstschluss ab. Bei VW gibt es eine Vereinbarung, Daimler zieht nach. Nur Einzelfälle?

Donath: Ich kenne einige Betriebe, die über solche Vereinbarungen verhandeln. Wenn so eine Geschichte wie bei Daimler durch die Zeitung geht, häufen sich die Anrufe bei uns natürlich. Vor allem Betriebsräte aus kleineren und mittleren Unternehmen wollen wissen, was sie tun können, damit Beschäftigte abends, am Wochenende und im Urlaub abschalten. Das können ja immer weniger. Gut ein Viertel aller Beschäftigten gab bei der letzten Umfrage zum Index »Gute Arbeit« an, dass sie ständig erreichbar sein müssen.

Wer stößt Vereinbarungen an, Betriebsrat oder Arbeitgeber?

Donath: In großen Unternehmen kommt es oft von beiden Seiten. Betriebsräte wollen verhindern,

dass die Arbeitszeit über das Smartphone oder Laptop endlos verlängert wird. Arbeitgeber sehen wirtschaftliche Nachteile. Viele Nachrichten sind überflüssig, kosten aber Zeit. Wer aus seiner Arbeit herausgerissen wird, weil das Postfach blinkt, braucht einige Minuten, um sich wieder zu konzentrieren. Ich glaube, dass die Nachrichtenflut uns bremst ...

... und krank macht?

Donath: Die Nachrichtenflut vielleicht nicht. Aber ein Leben in ständiger Erreichbarkeit. Wie soll ein Mensch 40 Jahre im Arbeitsleben durchstehen, wenn er nie abschalten kann? Große Unternehmen mit einer gepflegten Statistik erkennen das Problem. Sie können an ihren Zahlen sehen, dass die psychischen Erkrankungen zunehmen oder Menschen bei der Arbeit zusammenbrechen. Deshalb reagieren sie.

Kann denn nicht jeder selbst regeln, wie er mit seiner Arbeit und seiner Freizeit umgeht?

Donath: Wer Arbeit mit nach Hause nimmt, tut das nicht freiwillig. Unsere Arbeitskultur hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Unternehmen müssen auf Kundenwünsche schneller reagieren. Wenn im Service die Anrufe auflaufen, müssen Beschäftigte entscheiden, wie sie die Anfragen bearbeiten. Da lastet ein enormer Druck auf den Leuten. Hinzu kommt: Unternehmen sind weltweit vernetzt. Wenn Europa noch schläft, arbeitet Asien schon und braucht vielleicht jemanden in Deutschland. Wenn die Menschen in Europa schlafen,

abschalten



Fotos: Michael Schinke

»Wenn es nicht um Leben und Tod geht, gibt es nichts, was nicht bis zum nächsten Arbeitstag warten kann.« Peter Donath leitet das Ressort Betriebspolitik beim IG Metall-Vorstand.

greift an der amerikanischen Westküste einer zum Telefon und ruft in Irland an. Global gesehen kennt Arbeit kein Ende.

Liegt es nicht auch am Management, wenn Beschäftigte das Gefühl haben, sie müssen ständig erreichbar sein?

Donath: Natürlich machen es sich Vorgesetzte leicht. Wenn sie jeden jederzeit und überall erreichen können, müssen sie sich keine Gedanken machen, wer wen im Urlaub vertritt. Die Antwort auf Globalisierung kann nicht heißen, dass alle rund um die Uhr arbeiten. Für so etwas gibt es Schichtpläne.

Manche fühlen sich bevormundet, wenn Mails einfach abgeschaltet werden. Wie können Betriebsräte Ärger vermeiden?

Donath: Indem sie Smartphones und Laptops nicht einfach abschalten. Sie müssen die Beschäftigten fragen, was ihnen wichtig ist. In einem Betrieb haben wir mit den Leuten darüber gesprochen, was zum Leben gehört und wie weit Arbeit in das Privatleben hineingreift. Kurz darauf nahm die Arbeitszeit ab.

Was schlagen Beschäftigte vor, um der ständigen Erreichbarkeit zu entkommen?

Donath: Wer seine Mails nicht einfach abschalten lassen will, ar-

beitet oft in Projekten. Diese Menschen wollen sich nicht vorschreiben lassen, wann sie anfangen und wann sie aufhören müssen. Aber sie wollen auch nicht ohne Ende arbeiten. Das ist für sie das eigentliche Problem. Wenn ein Projekt beendet ist, steht oft der Vorgesetzte schon mit dem nächsten vor der Tür. Dann quillt das Stundenkonto über und keine Pause ist in Sicht. Deshalb haben wir in einem Betrieb vereinbart, dass Beschäftigte ein Recht haben, freizunehmen, wenn das Stundenkonto voll ist. Die Idee kam von den Leuten.

Welche Rechte haben Beschäftigte eigentlich?

Donath: Erst mal muss niemand außerhalb seiner vertraglichen Arbeitszeit erreichbar sein. Er darf seine E-Mails ignorieren. Etwas anderes gilt für Rufbereitschaft. Der Arbeitgeber muss sie aber regeln und kann sie nicht einfach unter Freizeit verbuchen. Im Zweifel müssen Beschäftigte ihren Betriebsrat fragen. Smartphones gibt es erst seit ein paar Jahren. Mit dieser Entwicklung sind Betriebsvereinbarungen nicht mitgekommen. Das erkennen Betriebsräte und suchen nach Antworten. Es gibt kein Patentrezept, aber eins ist klar: Arbeiten rund um die Uhr geht nicht. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

WISSEN

Keine E-Mails nach Feierabend

Beim Autohersteller VW hat der Betriebsrat der Arbeit nach Feierabend einen Riegel vorgeschoben. Nach Dienstschluss bekommen Beschäftigte, die ein Smartphone besitzen und für die der Tarifvertrag gilt, keine Dienst-E-Mails mehr. Sie werden erst am nächsten Tag wieder zugestellt.

Der Betriebsrat bei Daimler will ebenfalls die E-Mail-Flut eindämmen und mit dem Unternehmen eine Vereinbarung abschließen. Sobald sie steht, können Beschäftigte des Autobauers entscheiden, ob sie E-Mails während ihrer Abwesenheit mit Verweis auf einen Vertreter löschen lassen.

KURZ & BÜNDIG

Schwangere Vertretung

Eine Frau, die befristet als Schwangerschaftsvertretung eingestellt wird, muss dem Arbeitgeber vor Vertragsabschluss nicht offenbaren, dass sie ebenfalls schwanger ist. Eine solche Frage stellt nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz eine Benachteiligung wegen des Geschlechts dar. Das Landesarbeitsgericht Köln entschied, dass der Vertrag deshalb nicht anfechtbar sei (6 Sa 641/12).



Foto: Victor Lewitzki

Preisgekrönt: Das Bild zeigt Elom bei ihrer Arbeit.

Erster Preis für »Elom«

Mitgefühl, Wärme und Respekt strahlt das Foto der Krankenschwester Elom aus. Das Bild von Victor Lewitzki wurde mit dem ersten Preis beim Fotowettbewerb der Initiative »Respekt!« und der IG Metall ausgezeichnet. Infos rund um die Initiative:

► igmetall.de/respekt

Echter Neuanfang

Thyssen-Krupp steht vor einem Konzernumbau. Grund sind der Verlust von fünf Milliarden Euro, den der größte deutsche Stahlkonzern im Geschäftsjahr 2011/2012 eingefahren hat. Bertin Eichler, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, fordert einen »echten Neuanfang« mit umfassender Beteiligung der Arbeitnehmervertreter.

Gerecht, sozial und innovativ

KURSWECHSELKONGRESS: WIE GESTALTEN WIR DIE ZUKUNFT?

Eine andere Welt ist nicht nur möglich. Sie ist dringend notwendig. Das bestätigten führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt auf dem Kurswechselkongress der IG Metall.

Von Sylvia Koppelberg und Fabienne Melzer, Fotos: Christian von Polentz



igmetall-kurswechselkongress.de



Die Richtung ändern: Rund 1000 Metallerinnen, Metaller und Wissenschaftler diskutierten in Berlin über die Zukunft.

Er wurde weltweit bekannt, als er 2006 die Finanzkrise voraussagte, die gut ein Jahr später eintrat. Nouriel Roubini kam zwar nicht mit düsteren Voraussagen zum IG Metall-Kongress in Berlin, aber mit deutlichen Warnungen. Der Sparzwang in den europäischen Krisenländern drossle das Wachstum und führe zu noch mehr Arbeitslosigkeit. »Die Wirtschaftsschwäche droht, sich von den Rändern der Eurozone auf

ihren Kern auszudehnen.« Roubini, einer der renommiertesten amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, mahnte, Europa nicht kaputtzusparen, sondern für Wachstum zu sorgen. Er empfahl ein Programm für Investitionen in Infrastruktur. Andere Wissenschaftler, wie der US-Ökonom James Galbraith, stimmten ihm zu. Um der Krise zu entkommen, schlägt Galbraith vor: gemeinsame europäische Anleihen, eine In-

vestmentinitiative und eine Europäisierung der Finanzregulierung. Die Wissenschaftler lobten die IG Metall für ihre europapolitischen Forderungen. Sie fordert unter anderem Investitionen in Europa. Nicht nur, um die Krise der Eurozone zu bewältigen. Ihr Thema auf dem Kongress war, wie Gesellschaften sich entwickeln müssen, damit die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Im Mittelpunkt stand, was Gewerkschafter im eigenen Land tun können, um diese Zukunft anzuschieben und zu gestalten.



Nouriel Roubini: »Ohne Wachstum wird die soziale Ungleichheit immer größer und der soziale Frieden gefährdet. Ich fürchte für die Eurozone, dass sie das Wachstum nicht genug in den Mittelpunkt stellt.«

US-Ökonom, Professor an der Stern School der Universität New York

Neoliberal fatal. »Kurswechsel« ist nicht nur der Name des Kongresses. Es geht darum, politisch einen grundlegend neuen Kurs einzuschlagen: Weg vom »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« und von einem durch »neolibe-



James Galbraith: »Die Krise führt zum dramatischen Anstieg der Ungleichheit in Europa. Die derzeitige Strategie, die nur auf Sparprogramme ausgerichtet ist, wird einzelne Volkswirtschaften zerstören ... Wer glaubt, man könne den sozialen Konsequenzen entkommen, irrt sich gewaltig.«

US-Ökonom, Professor an der Universität von Texas, Austin

Gewerkschafter und Politiker aus England, Belgien und Tschechien appellieren an die Solidarität der Arbeitnehmer in Europa.



Jill Rubery: »Arbeit und Familienstrukturen zersplittern immer mehr. Dadurch wachsen die Ansprüche an den Staat. Wir brauchen einen aktiven Staat, der in die sozialen Bereiche investiert.«

Professorin an der Universität Manchester



Gespräch in der Pause: Viele nutzten den Kongress, um mit den Expertinnen und Experten Wissen und Erfahrungen auszutauschen.

rale« Ideologien geprägten Staat, der seine Verantwortung für das Gemeinwohl nicht mehr genug wahrnimmt, sondern so tut, als lasse sich privat alles besser organisieren. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Chancen und Vermögen gerecht verteilt sind. In der der Staat die Starken in die Pflicht nimmt und Finanzmärkte so regelt, dass sie als Dienstleister für Wirtschaft und Kunden arbeiten.

Fast 1000 Gewerkschafter und Wissenschaftler aus 60 Ländern diskutierten in Berlin, wie eine soziale und gerechte Gesellschaft aussehen kann, die die Natur und damit die eigene Lebensgrundlage nicht zerstört. Und wie die Wirtschaft sich entwickeln muss, um in Zukunft

sichere und gut bezahlte Arbeit zu bieten, mit gesunden Arbeitsbedingungen. Dabei zeigte sich, dass die IG Metall viele anerkannte Expertinnen und Experten auf ihrer Seite hat. Die Wissenschaftler untermauerten, dass Klimaschutz überlebensnotwendig ist und die Energiewende und ein nachhaltiger Umbau der Wirtschaft eine Chance sind und Millionen neue Arbeitsplätze schaffen können.

Eine Reihe von Wissenschaftlern thematisierte, dass die Ungleichheit global zunimmt und sich in den Industrieländern unsichere, schlecht bezahlte Arbeit ausbreitet. Die Staaten müssten viel stärker durch gute Sozialpolitik gegensteuern. Der Umbau der Wirtschaft funktioniere nur, wenn der Staat ihn steuert und Bürger und Arbeitnehmer auf Entscheidungen Einfluss nehmen können. »Demokratie« und »Beteiligung« waren Schlüsselwörter in den Diskussionen.

Die IG Metall verfasste zum Abschluss des Kongresses die Berliner Erklärung »Kurswechsel für ein gutes Leben«. Darin fordert sie:

- eine solidarische Weltwirtschaftsordnung
- die Finanzmärkte zu regulieren und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, auch wenn nicht alle Länder sofort mitmachen

- einen Marshallplan für die Krisenländer in Europa
 - eine nachhaltige Industriepolitik, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgt und den Prozess demokratisch gestaltet
 - eine gerechte Steuerpolitik und ein Ende der sozialen Spaltung
 - einen Ausbau der sozialen Leistungen
 - prekäre Beschäftigung einzudämmen und »gute Arbeit« zu fördern
 - Perspektiven für die junge Generation
- Die Ergebnisse wird die IG Metall jetzt in die Praxis umsetzen.

Mehr als 100 IG Metall-Jugendliche, viele in europäischen blauen Morphsuits, riefen auf dem Berliner Alexanderplatz einen »Neustaat« aus, in dem Junge nicht mehr die Opfer von Krise und Sparpolitik sind.

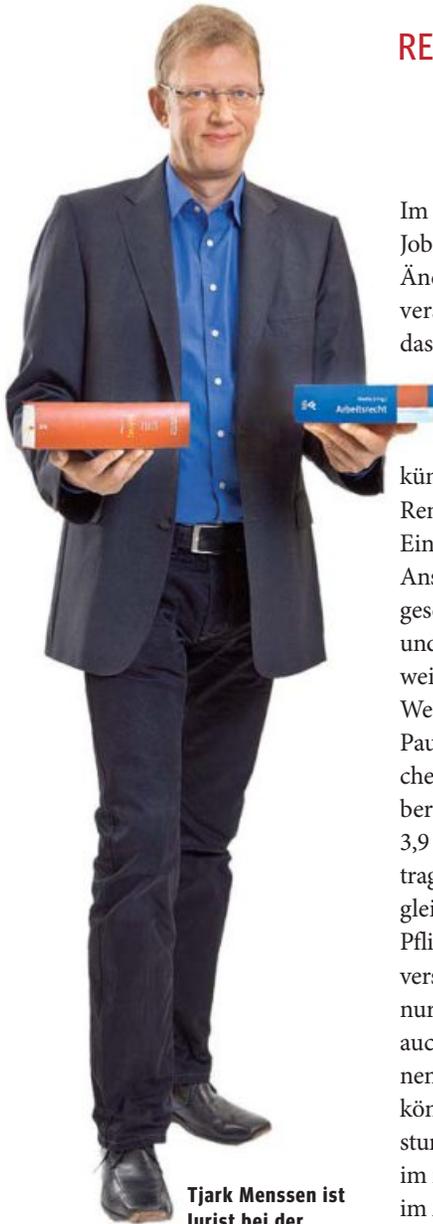


Luiz Inácio Lula da Silva: »Wir haben die Gesellschaft durch Anhörungen an der Politik beteiligt ... Demokratie ist, wenn die Gesellschaft in Schwingungen gerät. Die Politiker müssen die Angst vor der Demokratie verlieren.«

Ehemaliger Präsident von Brasilien und Metallgewerkschafter

Neue Regeln für Minijobber

RECHT SO | Minijobber können jetzt maximal 450 Euro im Monat verdienen. Was gilt für bestehende Minijobs und was ändert sich für neue ab 2013? Die wichtigsten Details erläutert Tjark Menssen.



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Herrmann

Im neuen Jahr wird der 400-Euro-Job zum 450-Euro-Job. Die größte Änderung gibt es bei der Rentenversicherung, denn künftig wird das bisher wenig praktizierte Aufstocken zum Normalfall.

Wer ab Januar einen neuen Minijob ausübt, muss künftig Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung entrichten. Ein Beschäftigter erwirbt somit Ansprüche auf alle Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und zahlt hierfür einen vergleichsweise niedrigen eigenen Beitrag. Weil der Arbeitgeber 15 Prozent Pauschalbeitrag zur Rentenversicherung zahlt, muss der Minijobber lediglich die Differenz von 3,9 Prozent zum allgemeinen Beitragssatz (2013: 18,9 Prozent) ausgleichen und erwirbt vollwertige Pflichtbeitragszeiten in der Rentenversicherung. Diese erhöhen nicht nur den Rentenanspruch. Sie sind auch Voraussetzung, um gegebenenfalls früher in Rente gehen zu können. Versicherte erhalten Leistungen zur Rehabilitation (sowohl im medizinischen Bereich als auch im Arbeitsleben) und erwerben einen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente und können

Entgelt für eine betriebliche Altersversorgung umwandeln. Während einer medizinischen Vorsorge- oder Reha-Maßnahme der Rentenversicherung erhalten Minijobber ein Übergangsgeld, wenn kein Anspruch auf Entgeltfortzahlung (mehr) besteht.

Minijobber können sich zwar von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen, sollten aber die persönlichen Folgen bedenken. Denn wer nicht anderweitig Beiträge in die Rentenversicherung einzahlt, hat keinen Anspruch auf die Leistungen.

Mindestbeitrag erhöht. Außerdem erhöht sich der Mindestbeitrag für die Berechnung der Rentenversicherungsbeiträge von 155 auf 175 Euro. Das heißt: Verdienen Minijobber weniger, wird der Beitrag 2013 von einem fiktiven Verdienst von 175 Euro berechnet. Das gilt für alte wie für neue Minijobs.

Alte Minijobs. Wer 2012 als Minijobber versicherungsfrei in der Rentenversicherung war, bleibt es auch weiterhin, wenn das Einkommen 400 Euro nicht übersteigt. Erhöht der Chef das monatliche Entgelt auf bis zu 450 Euro, gilt auch für alte Minijobber das neue Recht.

Ein in 2012 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, mit einem monatlichen Einkommen zwischen 400,01 und 450 Euro, der jetzt zum Minijobber wird, bleibt auch 2013 rentenversicherungspflichtig. Beschäftigte können sich aber von Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherungspflicht befreien lassen. Eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht ist aber nicht vor 2015 möglich. ■



WISSEN

Broschüren und Hinweise

Weitere Ausführungen zu den Neuerungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung sowie Hinweise zu den Regelungen in der Gleitzone hat die Minijob-Zentrale in einem ausführlichen Fragen- und Antwortenkatalog auf ihrer Internetseite zusammengestellt:

► minijob-zentrale.de/450-Euro-Gesetz

Stiftung hilft beim Studienstart

Für ein Studium brauchen Bewerber nicht immer Abitur. Wer eine Ausbildung abgeschlossen und mindestens drei Jahre Berufserfahrung hat, bekommt auch ohne Abitur einen Studienplatz. Da viele Berufserfahrene Studierende den Start an der Universität als Hür-

denlauf empfinden, unterstützt sie die Hans-Böckler-Stiftung mit einem Modellprojekt. Interessenten können sich bis 31. Januar bewerben. Infos zur Förderung gibt es im Internet unter:

► boeckler.de/40936.htm. Oder schickt Eure Fragen an: Ralf.Richter@boeckler.de. ■



Foto: Africa Studio/Fotolia.com

Unfallversichert zur Weiterbildung

Wer eine berufliche Weiterbildung macht, ist auch dort gesetzlich unfallversichert. Dies gilt für jede Fortbildung, die der Arbeitgeber oder die Arbeitsagentur anordnen und die vertraglich vereinbart ist. Der Versicherungsschutz umfasst auch An- und Abreise, egal an welchem Ort die Fortbildung stattfindet.

Komplizierter wird es, wenn sich Arbeitnehmer eigenmächtig beruflich weiterbilden. Auch hier besteht Versicherungsschutz, wenn die Fortbildung die beruflichen Chancen verbessert. Fragt im Einzelfall beim Bildungsträger und der Berufsgenossenschaft nach.

Wer sich jedoch rein privat fortbildet, ist nicht versichert. ■

PRODUKT

Leuchtendes Vorbild

Energiesparlampen schonen die Umwelt. Sie sparen bis zu 80 Prozent Strom. Gut so. Dennoch stehen sie unter Beschuss. Der Grund: Der in ihnen enthaltene Quecksilbergehalt ist schlecht für die Umwelt. Was soll man machen? Für Matti Riedlinger, Vertrauenskörperleiter beim Lampenhersteller Osram in Augsburg gilt: »Energiesparlampe ist nicht gleich Energiesparlampe.« Die billigen aus Fernost beispielsweise haben einen höheren Quecksilbergehalt als die Lampen aus Augsburg.

In Europa liegt die Höchstgrenze von Quecksilber neu bei 2,5 Milligramm. Bei Osram wurde der Gehalt auf ein Minimum reduziert und liegt für die meisten Typen bei rund 1,3 Milligramm pro Lampe. Und: »Wir arbeiten weiter an der Reduzierung des Quecksilbergehalts«, sagt Riedlinger.

Mit Tarif. Osram stellt in Augsburg jährlich rund 20 Millionen Energiesparlampen her. Mit Tarifvertrag für die Beschäftigten versteht sich. Die Lampen sind aber auch sonst vorbildlich: Inzwischen ist bei ihnen ein Sofortstart möglich. Sie leuchten in einer warmweißen Farbe wie die alte Glühlampe. Und: Sie sind mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von 20 Jahren eine Investition in die Zukunft. ■



Energiesparlampen von Osram: weniger Quecksilbergehalt als die billigen Lampen aus Fernost

Foto: Osram

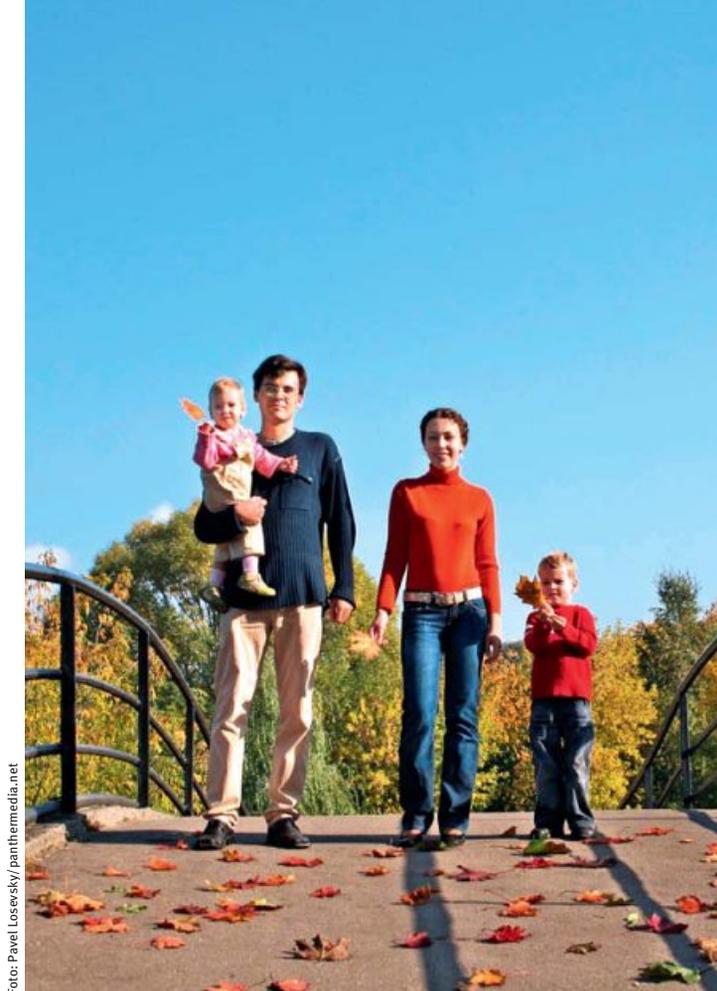


Foto: Pavel Losevsky/panthemedia.net

Brückentage blocken und mehr Zeit mit der Familie verbringen

Freizeit für Brückenbauer

FAMILIE UND BERUF

Gute Nachrichten: 2013 fällt ein einziger Feiertag auf einen Sonntag. Alle anderen liegen mitten in der Woche. Im Jahr der Brückentage verlangen viele Chefs jetzt eine Urlaubsplanung von der Belegschaft.

Durch geschicktes Kombinieren der Brückentage mit Urlaub können Beschäftigte in diesem Jahr viel Freizeit gewinnen. Fast alle Feiertage fallen auf einen Wochentag. Für viele Beschäftigte eine willkommene Gelegenheit, die restlichen Arbeitstage auch zu Hause zu bleiben. Wer an Neujahr vier Urlaubstage einsetzt, hat sieben Tage frei. Ostern wird's noch besser: Acht Tage nehmen und 16 frei haben. Natürlich kann nicht die gesamte Belegschaft freinehmen. In der Regel verlangen Chefs deshalb von Beschäftigten, schon am Jahresanfang einen gewissen Teil des Urlaubs zu verplanen.

In einigen Tarifverträgen ist der Urlaubsplan für Arbeitgeber sogar bindend. Bei Daimler in Untertürkheim wurde zum Beispiel vereinbart, dass im Bereich Forschung und Entwicklung zum Jahreswechsel und an den Brückentagen 2013 die Arbeit ruht.

Mit Betriebsrat. Chefin oder Chef können allgemeine Urlaubsgrundsätze, Urlaubspläne oder die zeitliche Lage des Urlaubs für einzelne Beschäftigte nur festsetzen, wenn der Betriebsrat zustimmt. Ohne Betriebsrat können Arbeitgeber im Rahmen ihres Direktionsrechts Werkferien einführen.



WISSEN

Urlaubsplanung 2013

Wer pfiffig plant, kann viele arbeitsfreie Tage genießen.

1. Rechtzeitige Planung vermeidet Ärger. Viele Arbeitgeber weisen ihre Führungskräfte an, bis Ende Januar eine Urlaubsplanung für die Brückentage zu erstellen.
2. Genehmigten Urlaub darf der Chef nicht widerrufen. Das geht nur, wenn dringende betriebliche Gründe vorliegen.
3. BEQ steht für »Brückentage-Effizienz-Quotient«. Clevere gucken hier: kalender-infos.de/brueckentage

Urlaubslisten oder -anträge sind eine weitere Option, Brückentage zu planen. Ein abgestimmter Plan ermöglicht Vorgesetzten die Arbeit besser zu koordinieren. Auch Stress und Ärger im Team lassen sich so vermeiden.

Kritisch kann es für berufstätige Eltern werden. Der Grund: Immer mehr Schulen und Kitas schließen an den Brückentagen. Väter und Mütter müssen dann Urlaub nehmen, um ihre Kinder zu betreuen. In solchen Fällen muss der Arbeitgeber den Urlaub nach sozialen Gesichtspunkten bewilligen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Unsere Zukunft mitbestimmen

STANDPUNKT

Unternehmen agieren immer kurzfristiger. Für das wechselnde Management zählt die schnelle Rendite. Investitionen und Innovationen bleiben auf der Strecke. Das muss sich ändern: mehr Mitbestimmung und Beteiligung für Beschäftigte und Betriebsräte, um die Zukunft von Betrieben und Arbeitsplätzen zu sichern.



Immer mehr Rendite, immer schneller. Was in zehn Jahren ist, interessiert nicht. Die Finanzmärkte haben in den Betrieben vieles verändert. Unternehmerische Entscheidungen werden kurzfristiger. Investitionen und Innovationen werden heruntergefahren. Das Management wechselt immer schneller, genauso wie die Eigentümer – oft anonyme Fonds, die kein Gesicht zeigen, für die Kennzahlen und der schnelle Euro zählen. Und nicht etwa Arbeit und Qualität oder die Zukunft von Standort und Arbeitsplätzen.

Immer mehr sind die Beschäftigten und ihre gewählten Betriebsräte die Einzigen, die den langfristigen Erfolg des Unternehmens im Blick haben. Diejenigen, die über Jahrzehnte im Unternehmen sind und sich in Betrieb, Branche und Produkten auskennen. Warum sollten sie also nicht ebenso viel zu sagen haben wie Inhaber mit immer kürzerem Atem, die das Unternehmen wohlmöglichst auf Pump gekauft haben? Und dann die Belegschaft die Schulden abbezahlen lassen, um wenig später mit hohem Gewinn zu verkaufen.

Mehr Mitbestimmung. So ist es uns passiert, beim Autozulieferer FTE im fränkischen Ebern. Wir haben daraus gelernt und auf allen

Ebenen mehr Mitbestimmung eingefordert. Wir wissen: Um Betrieb, Beschäftigung und Tarifbedingungen langfristig zu sichern, brauchen Beschäftigte und Betriebsräte mehr Mitbestimmungsrechte bei Standortentscheidungen, Verkäufen, aber auch bei Investitionen.

Die Frage ist: Fließt das erwirtschaftete Geld in Renditen und Dividenden – oder in Forschung, Entwicklung und Maschinen, die den Unternehmenserfolg und damit auch Arbeit nachhaltig sichern?

Doch Druck und Erfolge im Betrieb allein reichen hier nicht. Dazu sind gesetzliche Änderungen nötig. Derzeit haben Betriebsräte keine wirtschaftlichen Mitbestim-

mungsrechte bei Standortentscheidungen und Investitionen. Und auch in großen Unternehmen mit paritätischem Aufsichtsrat sind der Arbeitnehmerseite die Hände gebunden, weil die Kapitaleseite durch den Aufsichtsratsvorsitzenden immer eine Stimme mehr hat.

Wir brauchen ein Vetorecht im Aufsichtsrat bei Standortentscheidungen. Etwa über eine nötige Zweidrittelmehrheit, wie es bei Volkswagen im VW-Gesetz verankert ist. Der Betriebsrat muss mehr Mitbestimmung im wirtschaftlichen Bereich, etwa bei Investitionen, erhalten. Und schließlich ein Widerspruchsrecht bei Verlagerungen und Schließungen.

Anteile am Unternehmen. Doch um der menschlichen Arbeit, dem »Humankapital«, ihren tatsächlichen Wert zu geben, ist nicht nur Beteiligung an unternehmerischen Entscheidungen nötig, sondern auch an der Wertschöpfung, dem Kapital selbst. Warum sollten Belegschaften nicht einen Anteil an der von ihnen erwirtschafteten Steigerung des Unternehmenswerts erhalten, mit einem Sitz auf der Kapitaleseite im Aufsichtsrat?

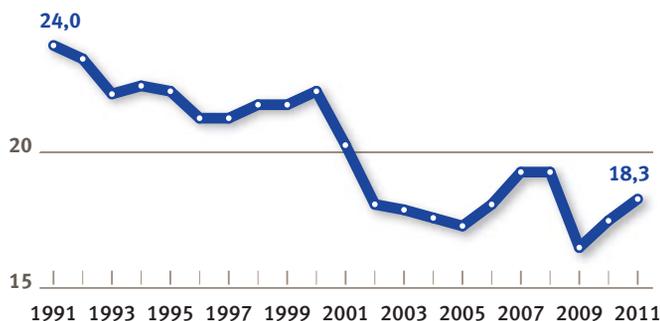
Und warum nicht gar Betriebe komplett in Belegschaftshand? Wozu anonyme Kapitaleigner, wenn sowieso die Belegschaft die Kredite abbezahlt? Denkbar wären etwa Stiftungen oder Genossenschaften. Das Unternehmen würde nach Abbezahlung der Kredite der Belegschaft gehören. Was erwirtschaftet wird, bleibt im Unternehmen und kann langfristig angelegt werden: beispielsweise in Forschungsprojekte, neue Technologie, aber auch für Betriebskindergärten.

Es gibt einige Beispiele für Betriebe, die etwa nach einer Insolvenz von der Belegschaft übernommen wurden und tatsächlich stabiler und rentabler laufen als zuvor. Das Problem ist derzeit noch die Finanzierung: Belegschaftseigene Stiftungen und Genossenschaften kommen schwer an Kredite. Auch hier muss sich dringend etwas ändern.

WISSEN

Investitionen bleiben langfristig auf der Strecke

Der Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung sinkt. Ein Ergebnis der immer kurzfristigeren Unternehmenspolitik (Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP in Prozent).



Quelle: Statistisches Bundesamt, Infografik: Julia Buschmann



Foto: Siemens AG

Um nachhaltig Beschäftigung zu sichern, sind Investitionen und Innovationen nötig. Im Bild: die Produktion im Siemens Elektronikwerk Amberg, ausgezeichnet als »Beste Fabrik 2011«.

Gegenleistung für Opfer. Zumindest sollten Belegschaft und Gewerkschaft die Gelegenheit nutzen, wenn der Arbeitgeber Zugeständnisse fordert – etwa den Verzicht auf Weihnachtsgeld oder längere Arbeitszeit. Dann sollte die Antwort sein: »Ja, wir geben was. Aber dafür wollen wir auch eine Gegenleistung: mehr Mitbestimmung und Beteiligung, statt nur irgendwann Geld zurück.«

Das verstehen die Beschäftigten. Etwa wenn sie sehen, dass ihre Maschinen immer älter werden und keine neuen angeschafft werden. Oder wenn kein Geld mehr in die Entwicklung fließt. Und wenn wir einfach die Fragen stellen: Kann der Chef mit uns machen, was er will? Oder sind wir beteiligt und reden mit? Wer hat hier was zu sagen?

Mehr Macht. Um diese Machtfrage für uns zu entscheiden, müssen wir stark sein, mit vielen IG Metall-Mitgliedern im Betrieb. Dann können wir dort viel erreichen. Doch wir müssen die Forderung nach mehr Beteiligung auch in die Gesellschaft und in die Politik tragen. Dazu brauchen wir Bündnispartner, die unsere Forderungen mitvertreten. Nur so können wir der Kurzfristigkeit Einhalt gebieten. ■

Juergen.Hennemann@fte.de

Zum Autor



Foto: privat

Jürgen Hennemann, 49, ist Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied beim Autozulieferer FTE Automotive, sowie Mitglied des Beirats der IG Metall. Hennemann gilt als Experte in Sachen Finanzinvestoren und war als Sachverständiger im Finanzausschuss des Bundestags. Er beschäftigt sich mit Möglichkeiten zur Beteiligung der Beschäftigten in und an Unternehmen.

DAS STICHWORT

AT-|Ge|häl|ter, die

Etwa eine Million Angestellte in Deutschland erhalten Gehälter »außer Tarif«, kurz: AT. Ihre Zahl nimmt zu. Es sind hoch qualifizierte Fachleute, die Unternehmen durch Vergünstigungen motivieren und an ihre Firmen binden wollen. Doch nicht immer ist auch AT drin, wo AT draufsteht. Im betrieblichen Alltag ist der AT-Ritterschlag durch den Arbeitgeber nicht selten eine – als Privileg getarnte – Umgehung tariflicher Leistungen.

Abstand. Was Gehälter außer Tarif sind, legen in der Metall- und Elektroindustrie in den meisten Regionen Tarifverträge fest. Um AT zu sein, müssen Entgelte bestimmte Kriterien erfüllen. In der Regel gilt: Die Anforderungen müssen höher als bei den Tätigkeiten in der höchsten Tarifentgeltgruppe sein. Außerdem muss das Jahreseinkommen in vielen Tarifgebieten mindestens 15 Prozent (etwa in Sachsen-Anhalt) bis 35 Prozent (Bayern) über dem höchsten Tarifentgelt liegen.

Tücken. Das klingt klar – und attraktiv. Die Teufel stecken im Detail. Ist das Gehalt wirklich AT? Was rechnen die Arbeitgeber alles zum Entgelt? Oft zählen sie zum Beispiel Altersvorsorge dazu, obwohl sie nicht zum Gehalt gehört.

Jeder neue Tarifabschluss kann den Abstand zwischen AT- und Tarifgehältern schrumpfen lassen. Denn Tarifierhöhungen gelten für AT-Angestellte nicht. Sie profitieren allerdings indirekt von ihnen: Wenn dank Tarifierhöhungen der Mindestabstand zu den höchsten Tarifentgelten nicht mehr eingehalten wird, muss der Arbeitgeber das AT-Entgelt erhöhen.

AT-Beschäftigte leisten jede Menge unbezahlte Überstunden. Rechnet man sie auf die Stundenentgelte um, bleibt vom schönen Schein des AT oft nicht mehr viel übrig. Denn die Tarifgehälter in der Metallindustrie sind in der Regel auf Basis der 35-Stunden-Woche berechnet. Was darüber hinausgeht, muss als Mehrarbeit zusätzlich vergütet oder in Freizeit ausgeglichen werden. AT-Angestellte verpflichten sich jedoch meist, 40 Stunden zu arbeiten. Arbeitsverträge enthalten oft Regelungen, dass Überstunden mit dem Monatsentgelt oder einer Pauschale abgegolten sind.

Immerhin hat das Bundesarbeitsgericht in mehreren Entscheidungen festgestellt, dass Pauschalierungen ohne Begrenzung auf ein Stundenkontingent unwirksam sind. Auch AT-Angestellte haben Anspruch darauf, dass ihre Mehrarbeit angemessen vergütet wird.

AT-Angestellte, die Gewissheit haben wollen, dass ihr Einkommen wirklich das ist, was der Name verspricht, sollten sich vom Betriebsrat oder der IG Metall beraten lassen.

Übertarifliche Leistungen haben übrigens mit außer Tarif nichts zu tun. Es sind Leistungen, die der Arbeitgeber Tarifbeschäftigten freiwillig zahlt. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

TIPP

- »Überstundenrechner« – er zeigt, wie hoch der Stundenlohn ist, wenn unbezahlte Mehrarbeit berücksichtigt wird.
 - »Kleiner Ratgeber für AT-Beschäftigte«
- Beides gibt es unter:
 engineering-igmetall.de



Foto: Igor Pastierovic

Der Wahlvorstand zur Betriebsratswahl bei EPM in Frankenberg: Christian Riese, Monika Fleischer und Peter Pautz

Gegen den Strom

DA GEHT WAS | Arbeiten in der Kälte mit freiliegendem Strom, für unter acht Euro. Wer einen Betriebsrat will, fliegt raus. Das wollen sich die Beschäftigten des Schaltanlagenbauers EPM im sächsischen Frankenberg nicht länger gefallen lassen.

»Alle antreten. Wer einen Betriebsrat will, geht nach links, wer für die Firma ist nach rechts.« Diesen »Test« hat der Chef beim Schaltanlagenhelektro-Projekt Mittweida (EPM) im sächsischen Frankenberg in den letzten Wochen gleich dreimal durchgezogen.

Zwei Beschäftigte gingen tatsächlich keck nach links – und kassierten prompt die Kündigung. Ebenso wie Peter Pautz, der mit zwei weiteren Kollegen einen Wahlvorstand zur Wahl eines Betriebsrats gebildet hat.

Doch Peter Pautz ist immer noch da, per einstweiliger Verfügung vom Arbeitsgericht. Für die anderen zwei läuft noch die Kündigungsschutzklage. Die IG Metall

Chemnitz gibt ihnen Rechtsschutz und begleitet die Betriebsratswahl. 100 Leute arbeiten hier. Den Betriebsrat wollen in Wahrheit alle, auch wenn viele noch Angst haben.

Kälte und Billiglöhne. »Wir halten durch. Wir haben ja keine Wahl, so wie es hier zugeht«, sagt Pautz. Der Ingenieur war jahrelang Leihar-

beiter. Aber so etwas wie hier hat er noch nie erlebt: keine Heizung, lediglich Heizstrahler an den Arbeitsplätzen, keine Umkleide, keine Dusche und Löhne unter acht Euro. Die meisten brauchen zusätzlich Hartz IV zum Überleben.

»Dabei brummt der Laden«, betont Pautz. »Die Auftragsbücher sind voll.«



MITMACHEN

Kein Betriebsrat? Miese Arbeit?

Ohne Betriebsrat macht der Chef, was er will. Weil niemand da ist, der die Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen überwacht. Zumal die Gewerbeaufsicht massiv zusammengespart worden ist und kaum noch kontrolliert. Geht es Euch auch so in Eurem Betrieb? Schreibt uns: metallzeitung@igmetall.de

Die Presse berichtet gar über die Verdoppelung des Umsatzes gegenüber 2011. Vor allem beim Arbeitsschutz hapert es gewaltig: Schaltschränke unter Strom stehen frei und ungesichert am engen Gang. »Ein Wunder, dass da noch nichts passiert ist«, staunt Patrick Wohlfeld von der IG Metall Chemnitz. Obwohl auch er bis vor kurzem Betriebsrat in der Leiharbeit war und einiges gewohnt ist. »Ich habe wirklich schon viel gesehen. Aber als ich das erste Mal bei EPM war, konnte ich kaum glauben, dass so etwas in Deutschland möglich ist.« Damals im Oktober wollte ihn der Chef nicht reinlassen. Wohlfeld musste sich über das Gericht Zutritt verschaffen.

Bald ist Wahl. Gerufen hat ihn Peter Pautz. Ende August kam er ins Büro der IG Metall in Chemnitz, um Hilfe zu suchen. Es folgten Treffen in einer Kneipe. Beim ersten Mal kamen zehn Kollegen, beim fünften Mal dann schon 30.

Heute sind 43 Beschäftigte Mitglied der IG Metall. Der Chef hat die Steinzeitkeule eingepackt und behindert die Betriebsratswahl subtiler. Etwa indem er Pautz ständig auf Montage schickt, was er früher kaum gemacht hat. Aber: Der Aufruf zur Wahl hängt bereits aus. Mitte Januar ist es so weit. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Fahrgeld zur Berufsschule

TIPP FÜR DEN JOB

Der Weg zur Berufsschule kann für arme Azubis teuer werden. Von der Steuer gibt es fast nichts zurück. Am besten also, der Chef zahlt, so wie es in einigen IG Metall-Tarifverträgen geregelt ist.

Den Weg zur Berufsschule können Auszubildende seit Kurzem voll als Dienstreise von der Steuer absetzen: 30 Cent für jeden gefahrenen Kilometer.

Doch da Azubis wenig Steuern zahlen, bekommen sie nur wenig heraus. Je nach Strecke nur wenige Hundert Euro im Jahr. Das Gemeine: Je weniger der Azubi verdient, umso weniger Geld gibt es auch zurück, auch wenn die Strecke noch so lang ist.

Der Chef zahlt. Besser ist, wenn der Arbeitgeber die Fahrt zur Berufsschule erstattet, zumindest in Höhe der Kosten für die öffentlichen Verkehrsmittel.

Das hat die IG Metall in vielen Tarifverträgen in der Metallindustrie durchgesetzt. Doch häufig wissen die Azubis nichts von



dieser Tarifregelung. So ging es den Azubis beim Elektroschalterhersteller Dold im Schwarzwald, von denen viele weit fahren müssen. Sie haben erst auf einem IG Metall-Seminar davon gehört.

Nun haben viele ihren Antrag auf Fahrtkostenerstattung bei der Personalleitung abgegeben. Einige jedoch nicht, erzählt Jugendvertreterin Jessica Lieckfeldt. »Sie trauen sich nicht. Aus Angst, etwas gegen die Firma die zu machen.«

Besser es kommt gar nicht erst zum »Nicht-Trauen«. Der Betriebsrat des Elektromagnetbauers Kendrion im 30 Kilometer entfernten Villingen-Schwenningen hat die Fahrtkosten per Betriebsvereinbarung geregelt: Die Azubis erhalten ihr Geld automatisch.

Wie ist es bei Dir? Frag Deine Jugend- und Auszubildendenvertretung oder Deinen Betriebsrat. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

TIPP

Nachfragen, helfen lassen

Erstattet mein Betrieb die Fahrtkosten zur Berufsschule? Ist das im Tarifvertrag geregelt? Wie komme ich da ran? Deine IG Metall vor Ort hilft Dir dabei – und bietet zudem Unterstützung bei der Steuer.

► igmetall.de/vor-ort

KURZ & BÜNDIG

Handwerk attraktiver

Ab diesem Monat erhalten rund 36 000 Beschäftigte im Metallhandwerk in Niedersachsen 3,1 Prozent mehr Geld. Das erreichte die IG Metall mit einem neuen Tarifvertrag. Azubis bekommen 45 Euro mehr – ein Plus von 6,5 bis 9,8 Prozent. Eine Einstiegsqualifizierung soll die Chancen benachteiligter Jugendlicher auf einen Ausbildungsplatz verbessern.

► igmetall-niedersachsen-anhalt.de

Ingenieure mit Tarif

Ingenieurinnen und Ingenieure sind immer weniger bereit, tariflose Zustände mit ausufernden Arbeitszeiten hinzunehmen. In Niedersachsen erstritt die IG Metall jetzt für rund 140 Ingenieure der Firma Lenze einen Tarifvertrag.

► igmetall-niedersachsen-anhalt.de

Ländle gegen Dumping

Die grün-rote Landesregierung in Stuttgart hat ein Gesetz beschlossen, wonach das Land und die Kommunen öffentliche Aufträge im Wert von über 20 000 Euro nur an tarifreue Firmen vergeben dürfen. Die Auftragnehmer müssen mindestens 8,50 Euro Stundenlohn zahlen. Baden-Württemberg ist das zwölfte Bundesland mit einem Tarifreuegesetz.

Für Treue: Minister Schmid und Ministerpräsident Kretschmann



Foto: Bernd Weißflog/dpa/na

Kampf für soziale Mindeststandards

BLICK AUF DIE WELT

Es braucht mehr Unternehmen, die Wert auf soziale Verantwortung legen.

Seit über zehn Jahren gibt es eine Internationale Rahmenvereinbarung beim Schreibwarenhersteller Faber-Castell. Eine Übereinkunft mit Vorbildcharakter, weiß Bert Römer von der IG Metall.

Als sogenannter Auditor reist er von Land zu Land und kontrolliert, dass die einzelnen Punkte dieser Vereinbarung auch in den

abgelegensten Fertigungshallen eingehalten werden. Besonders interessiert ihn, ob Probleme gelöst wurden, die er bei seinem vorangegangenen Besuch bemängelt hat. Wer mehr wissen will über seine spannende Arbeit und die Rahmenvereinbarung:

► igmetall.de/faber-castell-rahmenvereinbarung

Leiharbeitsalltag
von Bernd K.

Ganz unten und ins Abseits gestellt

Bernd K.* ist seit mehr als fünf Jahren Leiharbeiter. »Ich will hier von meinem Leben erzählen. Ein Leben, das den Menschen immer mehr abverlangt und ihnen immer weniger zurückgibt.« Bernd K. fühlt sich als moderner Sklave. Er weiß, ein paar Dinge haben das Leben von Leiharbeitern bereits verbessert – beispielsweise die Branchenzuschläge. Aber für ihn ist und bleibt die Beschäftigung auf Zeit unfair. Exklusiv für die metallzeitung schrieb er seine Lebens- und Leidensgeschichte auf.

**Name der Redaktion bekannt*



Infos, Zahlen und Fakten über Leiharbeit sowie Ratgeber für Beschäftigte auf Zeit:
▶ gleicharbeit-gleichesgeld.de
oder per QR-Code:



Von: Bernd K.
Fotos: Reiner Voß

Mein Name ist Bernd K.. Ich bin 30 Jahre alt und wurde in der polnischen Stadt Zabrze geboren. Seit mehr als 24 Jahren lebe ich hier in Deutschland. Seit mehr als fünf Jahren arbeite ich als Leiharbeiter in der Stahlbranche, im Metallsektor, im Hallen-, Regal- sowie im Achsenbau.

Meine Erfahrungen von ganz unten sind: Leiharbeiter werden ausgebeutet. Darüber möchte ich hier berichten. Denn wenn einer zusammenbricht oder krank wird, passiert das Gleiche wie beim Fußballspieler: Er wird »ausgewechselt«. Früher konnte man sich mit seinen Kollegen unterhalten. Wird man heute beim Gespräch erwischt, gibt's Ärger und man wird als sogenannter »Abstopper« zum Vorgesetzten gerufen, gerügt und bekommt seine Stunden gekürzt.

Im Laufe meines Lebens habe ich viele Arbeitsbereiche kennengelernt – vom Bürokaufmann bis zum Metallbauer, vom Berater bis zum Müllmann. Eins haben alle diese Berufe gemeinsam: Schnell, schneller und noch schneller zu arbeiten wird in allen Bereichen von den Menschen gefordert.

Das Schlimmste und Entwürdigendste für mich ist die Leiharbeit. Ich habe über fünf Jahre meines Lebens weggeschmissen, um irgendwie über die Runden zu kommen. Ich habe alles gemacht. Egal welche Art von Arbeit, egal wie niedrig die Entlohnung war.

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten: Bereits nach drei Jahren bekam ich Depressionen und musste wegen einer akuten Bauchspeicheldrüsenentzündung zwei Wochen ins Krankenhaus. Lange war mir der Ernst der Lage nicht klar. Ich habe im Krankenhaus immer wieder überlegt, warum ich krank wurde. Ich fand nur eine Antwort: Die Arbeit und die schlechte Bezahlung haben mich fertiggemacht.

Leiharbeit – der Anfang. Bis heute kann ich mich genau an meinen ersten Tag als Leiharbeiter erinnern. Ich stand vor einer Maschine, wo Muttern mit Hilfe einer Punktschweißmaschine an bestimmte Karosserieteile von Autos geschweißt wurden. Als man mir sagte, ich sollte erst mal den Ablauf kennenlernen und mich nicht verückt machen, war ich zunächst erleichtert. Aber nach ein paar Stunden kam der Vorarbeiter. Auf seinem Zettel stand, dass ich 300 Stück die Stunde schaffen muss. Ich wusste nicht, wo oben und wo unten war.

Metaller Bernd K. erzählt exklusiv für die metallzeitung seine Lebens- und Leidensgeschichte als Leiharbeiter.



Bernd K. beim Schreiben von Bewerbungen: Für Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen hört die Suche nach einem fairen und sicheren Job nie auf.

Ich versuchte die nächsten Tage ohne Pausen wie ein Verrückter, diese Vorgabe zu erreichen. Ohne Erfolg. Deshalb fragte ich die anderen Mitarbeiter, ob der Fehler bei mir läge. Bin ich zu langsam? »Quatsch«, antworteten sie, »Diese Vorgaben sind nicht realisierbar, unmöglich.« Da fehlten mir die Worte. Warum gibt man mir eine Vorgabe, die so hoch ist, dass sie niemals zu bewältigen ist?

Ganz einfach, erklärten mir die Kollegen: »Damit Du ohne Verschnaufpause stramm durcharbeitest.« Für diese Ausbeuterei im Dreischichtsystem mit Wochenendarbeit erhielt ich knapp 1200 Euro netto. Die Kollegen zwei Maschinen weiter mit einem festen Arbeitsplatz bekamen für die gleiche Arbeit das doppelte Geld. Und ich? Ich fühlte mich wie ein billiger Betriebsklave.

Ein Jahr später. Als ein Jahr vorbei war, traute ich mich, meinen Meister anzusprechen. »Wie sieht es mit einem Arbeitsvertrag aus«, fragte ich leise an. Die Auftragslage sei nicht gut genug, um Mitarbeiter einzustellen, war seine Antwort. Ich wurde einfach nur belogen und betrogen. Denn es lag auf der Hand: Wir

»» Für diese Ausbeuterei im Dreischichtsystem mit Wochenendarbeit erhielt ich knapp 1200 Euro netto. Die Kollegen zwei Maschinen weiter mit einem festen Arbeitsplatz bekamen für die gleiche Arbeit das doppelte Geld. Und ich? Ich fühlte mich wie ein billiger Betriebsklave. ««

machten Sonderschichten und arbeiteten auch am Wochenende. An mangelnder Auftragslage litt der Arbeitgeber also nicht.

Die folgenden Jahre. So ging es die nächsten Jahre weiter. Ich wechselte nach drei Jahren den Entleiher. Er hatte mich kreuz und quer durch die Branchen und die Republik gejagt. Dann nach mehr als fünf Jahren kam endlich der Segen, dachte ich. Ich bekam einen befristeten Vertrag. Diese Arbeit forderte von uns allen höchste physische und auch psychische Leistung. Ich arbeitete zwei Jahre alle Anforderungen ab, ich war nie krank oder zu spät. Alles sah gut aus. Ich fieberte der Festanstellung entgegen. Doch dann als ich kurz vor der Festeinstellung stand, kam die Wirtschaftskrise. Pech. Auf Wiedersehen. Mein Einsatz in den letzten zwei Jahren war vergebens.

Kurz vorm Absturz. Als ich dann in die Arbeitslosigkeit abrutschte, wusste ich nichts mehr mit mir anzufangen. Ich hätte zwar einen Job kriegen können, doch das machte keinen Sinn. Ich bekam 1100 Euro Arbeitslosengeld. Die Verleiher boten mir viel weniger an.

**ARBEIT:
SICHER UND FAIR!**

Eine Kampagne
der IG Metall

Auch im neuen Jahr: für faire und sichere Arbeit

Die Lebens- und Leidensgeschichte von Bernd K. ist leider kein Einzelfall. Zu viele Menschen sind von Leiharbeit, Werkverträgen, Dauerbefristung oder Nonstop-Praktika betroffen. Allein 900 000 Menschen arbeiten als Leihbeschäftigte. Die IG Metall will das ändern und setzt sich auch in diesem Jahr für faire und sichere Arbeit ein. In einigen Bereichen konnte sie bereits die Bedingungen verbessern:

- Im vergangenen Jahr regelte die IG Metall im Tarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie die Begrenzung von Leiharbeit.
- Die IG Metall macht sich in mehr als 1200 Betriebsvereinbarungen stark für gleiches Geld für gleiche Arbeit.
- In der Stahlindustrie sorgte die IG Metall dafür, dass Betriebsräte bei der Einstellung von Leiharbeitern ein Wörtchen mitzureden haben.

Trotz dieser Erfolge gibt es noch viel Handlungsbedarf:

- Die IG Metall will Werkverträge fair gestalten und Missbrauch verhindern.
- Die Kurzarbeiterregelungen müssen auch für Leihbeschäftigte gelten.
- Gleiche Arbeit – gleiches Geld muss gesetzlich verankert werden.
- Leiharbeit darf kein Instrument zum Abbau von Stammarbeitsplätzen werden.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn muss auch in Deutschland für Leihbeschäftigte verankert werden.

▶ igmetall.de/leiharbeit

Ein Jahr war ich arbeitslos. Dann kam Hartz IV. Ich erhielt mit Wohngeld rund 700 Euro.

Neue Hoffnung. Dann endlich bot sich wieder eine Stelle als Schlosser im Metall- und Stahlbau an. Ich freute mich und hatte auch gleich wieder neue Hoffnung. Als ich am ersten Arbeitstag erfuhr, dass ich für acht Euro brutto arbeiten sollte, war die Freude dann schnell gedämpft. Am Ende des Monats ging ich mit knapp 1000 Euro nach Hause. Dafür, dass ich körperlich sehr hart arbeitete, um eine große Industriehalle aufzubauen. Das Geld reichte hinten und vorne nicht und so war ich wieder gezwungen, den Arbeitgeber zu wechseln.

Der Sprung zurück. Ich fing wieder bei meinem alten Verleiher an, wieder zurück zur Leiharbeit. Jetzt war Kontischicht angesagt.

Das ist eindeutig die anstrengendste Art, Schicht zu arbeiten. Montag und Dienstag Frühschicht, Mittwoch und Donnerstag Spätschicht, dann Freitag, Samstag und Sonntag Nachtschicht. Dann gab es den Rest des Montags frei und dienstags fing das Gleiche wieder von vorne an. Kurz gesagt, einmal im Monat

gab es ein normales Wochenende. Da ich Leiharbeiter war, sah es in meiner Lohntüte trotz der Schichtarbeit – ich arbeitete ja drei Samstage und drei Sonntage im Monat – bescheiden aus. Ich bekam 1500 Euro netto. Die Stammebelegschaft erhielt fast 1300 Euro netto mehr für die gleiche Arbeit. Was für ein Frust. Ich gönne der Stammebelegschaft jeden Cent. Aber das kann man mit uns Leiharbeitern doch nicht machen.

Ich wandte mich mit einem Brief an den Bundestag. Die Antwort war ein schlechter Witz: Ein Herr schrieb mir, wie ich denn nur so schlecht über die Leiharbeit reden könnte. Schließlich sei sie für viele Menschen doch der Einstieg in einen festen Job. Tja. Ich stecke ja mittendrin, dachte ich. Für mich jedenfalls hatte sich nichts verändert.

Wieder Pech. Seit Kurzem bin ich leider wieder unverschuldet arbeitslos. Ich hatte über Beziehungen als kaufmännischer Angestellter bei guten Freunden in der Buchhaltung angefangen. Die Firma ist nun insolvent und ich wieder arbeitslos. Mal sehen, wie es weitergeht. Ich gebe nicht auf, einen fairen Job zu finden.



Bernd K. arbeitete in der Stahlbranche, im Metallsektor und auch im Hallenbau. Der Druck, die Unsicherheit und auch das wenige Geld machten ihn krank. Doch den Mut verlor er bislang nicht. Er hofft, dass mehr Beschäftigte in Leiharbeit in die IG Metall eintreten, um sich gemeinsam für faire und sichere Arbeit einzusetzen.

Aufstehen und kämpfen. Es ist nicht leicht in dieser Welt. Und dabei habe ich noch gar nicht erwähnt, wie schwierig es ist, als Leiharbeiter seine Freundin mal mit einem Kinobesuch zu verwöhnen. Und wie das gehen soll, wenn man eine Familie zu ernähren hat – keine Ahnung. Ich jedenfalls habe mir geschworen, keine Kinder in die Welt zu setzen. Ich kann doch nicht zulassen, dass meine Kinder das gleiche Schicksal trifft. Und wie sollte ich sie vor Leiharbeit oder Dauerbefristung bewahren?

Ich bin seit einigen Jahren Mitglied der IG Metall. In schwierigen Zeiten war die Gewerkschaft immer für mich da. Und sie hat mir auch gezeigt, dass es sich lohnt, dabei zu sein, aufzustehen und zu kämpfen. Allein kann ich nicht allzu viel verändern. Zusammen sind wir stark und können etwas erreichen.

Ich hoffe, dass meine Geschichte mehr Menschen bewegt, selbst die Initiative zu ergreifen, um etwas gegen prekäre Beschäftigung zu tun. Auch ich bleibe am Ball, um für die Rechte der Menschen zu kämpfen, die durch Leiharbeit, Werkverträge oder befristete Verträge ganz unten angekommen sind. ■

Pfändungsschutz darf nicht mehr kosten

Ein Pfändungsschutzkonto soll den Freibetrag vor Gläubigern schützen. Viele Banken und Sparkassen wollten damit Geld verdienen. Das hat der Bundesgerichtshof beendet.

Geldinstitute dürfen für Konten, die vor Pfändung geschützt sind, keine höheren Gebühren verlangen. Das entschied der Bundesgerichtshof (BGH) am 13. November 2012 in zwei Verfahren. Er unterband damit die Praxis zahlreicher Banken und Sparkassen, sich das geschützte Konto teuer bezahlen zu lassen.

Zwischen 2 und 15 Euro mehr pro Monat stellten sie in Rechnung. Einen gesonderten Pauschalpreis von 7,50 Euro im Monat verlangte beispielsweise die Bremer Sparkasse. Betroffene mussten damit bis zu 3,50 Euro mehr zahlen als bisher – und das bei teilweise weniger Leistung. Einige Geldinstitute hoben auch vereinbarte Kontofunktionen wie Online-Banking, die Selbstbedienung am Bankterminal sowie die EC-Karte auf.

Geld zurückfordern. Der BGH machte dieser Praxis ein Ende. Die Geldinstitute sind gesetzlich verpflichtet, ein solches Pfändungsschutzkonto (P-Konto) einzurichten. Für die Erfüllung einer Pflicht können sie sich nicht bezahlen lassen. Die Vorschrift für Banken und Sparkassen gilt seit Juli 2010. Girokonten können

immer dann in P-Konten umgewandelt werden, wenn Kunden damit rechnen müssen, dass Einkommen, Renten oder Sozialleistungen gepfändet werden.

Die Umwandlung schützt den Pfändungsfreibetrag vor Zugriffen der Gläubiger. Wichtige Lastschriften und Daueraufträge, etwa für die Miete, führt die Bank dann trotzdem aus. Der Gesetzgeber war damals davon ausgegangen, dass sich die Kosten für ein P-Konto an denen eines normalen Gehaltskontos orientieren.

Weil das P-Konto aber kein neues Kontomodell, sondern lediglich eine besondere Ergänzung des bestehenden sei, rechtfertigte die bloße Umwandlung keine Entgelterhöhung, begründete der BGH seine Entscheidung. Mit seinen Urteilen hat er nicht nur dem Kassieren von solchen Zuschlägen einen Riegel vorgeschoben. Inhaber eines P-Kontos können nun auch bereits gezahlte überhöhte Entgelte von ihrer Bank zurückfordern. ■

Antoneta.Pelivan@igmetall.de

BGH vom 13. November 2012 – XI ZR 145/12 und XI ZR 500/11



WISSEN

Musterantrag und Hinweise der Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) hat mehr als 70 Geldinstitute abgemahnt. 38 davon haben die beanstandeten Klauseln seitdem ganz oder teilweise gestrichen. In 16 Fällen erhob der VZBV Unterlassungsklage. Einen Musterantrag auf die Erstattung bietet die Verbraucherzentrale Hessen:

▶ verbraucher.de → Themen → Finanzen → Schulden, Insolvenz

Unterwegs für mehr Bahn

ZU BESUCH
BEI
JOHANNES
HAUBER

Die Bahn ist ein umweltfreundliches Verkehrsmittel. Doch sie macht es ihren Kunden nicht immer leicht. Johannes Hauber kennt die Probleme – als Bahnfahrer und als Betriebsratsvorsitzender des Schienenfahrzeugbauers Bombardier.

Fährt so einer ein eigenes Auto? Einer, der kaum zu bremsen ist, wenn er die Vorteile der Bahn aufzählt? Johannes Hauber schmunzelt: »Ja, ich habe ein Auto und fahre es auch, wenn ich etwas transportieren muss.« Oft kommt das nicht vor. Acht Jahre hat sein Wagen auf den Achsen und gerade mal 50 000 Kilometer auf dem Tacho.

Der 62-Jährige fährt lieber Bahn – aus Überzeugung. Er hat dazu den passenden Arbeitsplatz. Seit 30 Jahren arbeitet er in der Bahnindustrie, bei Bombardier in Mannheim. Wenn die Bahnindustrie mehr Schienenverkehr fordert, kann der Betriebsratsvorsitzende mit gutem Gewissen dahinterstehen. »Die Bahn ist nun einmal das umweltfreundlichste Verkehrsmittel.«

Folgen bedenken. Geprägt haben Hauber die 80er-Jahre, die Atomdiskussion, das Waldsterben. Eine Zeit, in der viele glaubten, in diese Welt könnten sie keine Kinder setzen. Hauber hat drei Kinder bekommen, und er fühlt sich verantwortlich. »Viele Umweltschäden entstanden, weil Menschen für Profitinteressen gearbeitet und sich keine Gedanken über die Folgen ihres Handelns gemacht haben.«

Hauber macht sich Gedanken, und er will verändern. Das geht für ihn nur auf politischer Ebene. Er könnte auf sein Auto verzichten und tut es demnächst

auch. »Aber allein durch Konsumverzicht retten wir die Welt nicht.«

Mit anderen Metallerinnen und Metallern gründete Hauber 2004 den Branchenausschuss Bahnindustrie der IG Metall neu. Zweimal jährlich treffen sich die Eisenbahner der IG Metall, einmal pro Jahr laden sie zu einer Konferenz ein. Sie sprachen sich etwa gegen den Börsengang der Bahn aus.

Falsche Preispolitik. Zu viel läuft falsch in der Verkehrspolitik, kritisiert Hauber: »Seit 1994 wurden in Deutschland 500 Kilometer Schiene pro Jahr abgebaut. Dabei müssen wir das Netz ausbauen, wenn wir den Verkehr bewältigen wollen, ohne mehr Lärm und Abgase zu produzieren.« Doch die Bahn setze lieber auf Großprojekte. »Daran verdient sie selbst viel Geld.«

Er wirft dem Staatsbetrieb vor, seine Politik nicht am Gemeinwohl zu orientieren. Die Preispolitik der Bahn findet er falsch. Es stimme einfach nicht, wenn sie ihre Preiserhöhungen mit gestiegenen Strompreisen erkläre. »Die Bahn ist Großabnehmer, für sie steigen die Strompreise nicht.« Die Fahrpreise findet er zu teuer, auch wenn sie im Vergleich zu den Gesamtkosten eines Autos günstig sind. »Warum«, fragt Hauber, »steckt die Bahn ihr Geld in eine Fähre in China oder eine Spedition in den



USA statt in ihr Kerngeschäft?« Etwa in den Ausbau des Regionalverkehrs, der mittlere Städte regelmäßig, zuverlässig und bequem verbindet, in einen integrierten Fahrplan, in sparsame Fahrzeuge oder in leise Bremssysteme. »Die Technik für leisere Züge gibt es längst.«

Schwarzer Peter. Wenn es Probleme gibt, zeigt die Bahn auch auf die Hersteller der Fahrzeuge. Wie kürzlich auf Bombardier. Der Fahrzeugbauer kommt mit der Lieferung von Regionalzügen nicht nach. »Die Hersteller stehen unter Druck, schneller zu entwickeln und billiger zu produzieren«, sagt Hauber. »Sie sparen beim Personal.« Die Folge sei: Fahrzeuge fallen bei der Zulassungsprüfung durch. Hersteller müssen nachbessern. Die Lieferung verzögert sich. Alles zum Leidwesen der Bahnkunden. »Wir brauchen in der Entwicklung viel mehr Ingenieure, sonst ändert sich daran nichts.«

Weniger ist mehr. Ein besserer, komfortabler und bezahlbarer Schienenverkehr ist das eine Ziel von Hauber und seinen Kollegen im Branchenausschuss. Das andere heißt: »Wie können wir Verkehr vermeiden?« Mehr als die Hälfte aller Strecken könnten zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden. Nicht jede Hochgeschwindigkeitsstrecke ist sinnvoll. In der Pflicht sieht Hauber auch die Unternehmen. »Keiner weiß, wie viel Verkehr durch Outsourcing entsteht.« Als Betriebsrat setzt er sich dafür ein, dass sein Arbeitgeber bei Zulieferern aus der Region einkauft. Weit reichen seine Möglichkeiten nicht. Solche Entscheidungen trifft das Unternehmen schon lange nicht mehr in Mannheim, sondern auf globaler Ebene.

Wie sich Verkehr entwickelt, ist Hauber überzeugt, das dürfe die Politik nicht dem Markt überlassen. »Dann stehen die Verlierer schon fest: die Umwelt und die nachfolgenden Generationen.« ■

Foto: Christian von Polentz

Freikarten für Cebit und Hannover Messe

EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER

Auf Messen geht es um Trends: um Produkte, Technik, Dienstleistungen und um Energiesysteme. Die IG Metall stellt Freikarten zur Verfügung.

Mitglieder der IG Metall können auch dieses Jahr wieder kostenlos die Cebit und die Hannover Messe besuchen. Die Karten kosten normalerweise 35 (Cebit) und 28 Euro (Hannover Messe).

Cebit. Die internationale Computermesse findet dieses Jahr vom 5. bis 9. März statt. Wie immer in Hannover. Schwerpunkt diesmal: »Shareconomy«. Der Begriff beschreibt das Teilen und das gemeinsame Nutzen von Wissen, Ressourcen, Erfahrungen und Kontakten als neue Formen der Zusammenarbeit. Das Thema

wird sich wie ein roter Faden durch die Messe ziehen. Die IG Metall findet Ihr in Halle 9.

Hannover Messe. Die Hannover Messe (8. bis 12. April) ist Impulsgeberin für Investitionen in Technik und Automation. Trends wie Ressourcenknappheit, Mobilität und Urbanisierung sind Treiber für diese Dynamik. Die IG Metall wird in Halle 18, im Bereich »Job and Career Market«, einen Infostand haben. Dort gibt es Beratung zu Arbeitsverträgen und Vorträge zum Thema Einstiegsgehälter. ■



Exklusiv für Mitglieder: Auch in diesem Jahr gibt es wieder Freikarten.

+ TIPP

So kommt Ihr an die Freikarten

Wer interessiert ist, meldet sich bei seiner Verwaltungsstelle. In manchen Betrieben organisieren Betriebsräte gleich einen ganzen Schwung für ihre Kolleginnen und Kollegen. Eure IG Metall vor Ort findet Ihr unter: igmetall.de/vor-ort
 ■ Übrigens: Die Freikarten sind Tickets für Fachbesucher. Deshalb muss man einen Betrieb oder eine Hochschule angeben. Wer Zeit sparen will, kann sich vorher im Internet registrieren. Wie steht hinten auf den Tickets.



Geld vom Fiskus winkt allen, die eine Lohnsteuererklärung abgeben. Wer mehr als 1000 Euro Werbungskosten hat, muss die Belege einreichen.

Das gibt's vom Fiskus zurück

GUTER RAT

Ob Werbungskosten, Pendlerpauschale, Kinderbetreuungskosten oder haushaltsnahe Dienstleistungen – in vielen Fällen lohnt sich die Einkommenssteuererklärung.

Die Lohnsteuerkarte aus Papier hat endgültig ausgedient. Seit Januar gilt das sogenannte Verfahren »Elektronische-Lohn-Steuer-Abzugs-Merkmale« (ELStAM). Weil die Einführung schrittweise erfolgt und Arbeitgeber dafür das ganze Jahr Zeit haben, müssen Beschäftigte besonders aufpassen. Etwa wenn sich ihre Abzugsmerkmale seit 2010 verändert haben. Stimmen zum Beispiel Steuerklasse, Kinderzahl oder -freibeträge nicht mehr, muss man sie beim Finanzamt

ändern lassen. Freibeträge zur Lohnsteuerermäßigung, etwa für Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen, hätten bereits bis Ende 2012 neu beantragt werden müssen. Das haben die wenigsten Steuerpflichtigen getan.
 Auch bei volljährigen Kindern sind Freibeträge – für Alleinerziehende mit volljährigen Kindern außerdem die Steuerklasse II – neu einzutragen. Gleiches gilt für Ehegatten, die bisher die Steuerklasse IV mit Faktor ge-



Illustration: Leonardo Pellegrino

wählt hatten. Einzige Ausnahme: Die Behinderten- und Hinterbliebenenpauschbeträge. Diese sind in der ELStAM-Datenbank bereits enthalten.

Wer seine Steuermerkmale noch nicht kontrolliert hat, sollte jetzt aktiv werden. Wenn Freibeträge noch nicht enthalten sind, dem drohen ansonsten hohe Lohnsteuerabzüge.

Zuständig für Anträge zur Einsicht, Korrektur oder Änderung ist das Wohnsitzfinanzamt. Oder über das Internetportal www.elsteronline.de. Zugang erhält, wer sich zuvor im Elster-Portal registriert hat.

Pauschbetrag. Werbungskosten sind Ausgaben, die einem Arbeitnehmer durch den Beruf entstehen. Wer in der Steuererklärung keine höheren Werbungskosten nachweist, bei dem berücksichtigt das Finanzamt automatisch den jährlichen Pauschbetrag von 1000 Euro. Wer höhere Kosten absetzen will, muss die Ausgaben belegen.

Pendler. Zu den wichtigsten Werbungskosten zählen die Fahrten zum Arbeitsplatz. Für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz kann man eine Pau-

schale von 30 Cent pro Kilometer und Arbeitstag steuerlich geltend machen. Und zwar unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. Keine Rolle spielt, wie man zum Arbeitsplatz kommt und ob einem tatsächlich Kosten entstanden sind. Auch wer in einer Fahrgemeinschaft mitfährt, kann die volle Entfernungspauschale ansetzen. Gleiches gilt auch für Ehepaare, die gemeinsam zur Arbeit fahren.

Die Pauschale ist auf 4500 Euro im Jahr begrenzt. Einen höheren Betrag erkennt der Fiskus nur an, wenn man mit dem eigenen Fahrzeug zur Arbeit fährt. Selbst dann, wenn man kein eigenes Auto hat und das der Eltern, Geschwister oder das des Partners nutzt.

TIPPS

Servicegesellschaft bietet Steuerberatung

- Eine günstige Steuerberatung für Mitglieder bietet die IG Metall-Servicegesellschaft in Kooperation mit rund 3000 Lohnsteuerberatungsstellen an. Alle Steuerberater haben die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen fachlichen Zertifikate und sind bei der Aufsichtsbehörde registriert.
- Für die Beratung fällt – je nach Einkommen – ein sozial gestaffelter Beitrag zwischen 20 und 260 Euro pro Jahr an. Für IG Metall-Mitglieder entfällt die Aufnahmegebühr.
- Auf der Internetseite der IG Metall-Servicegesellschaft gibt es weitere Hinweise. Dort lässt sich zudem über eine Postleitzahlensuche herausfinden, wo es Berater oder Lohnsteuerhilfvereine gibt: igmservice.de/postleitzahlfinder

Kinder. Eltern können Kosten für die Betreuung ihrer Kinder bis zum 14. Lebensjahr jetzt einfacher absetzen. Um zwei Drittel der Kosten (maximal 4000 Euro) je Kind, steuerlich geltend machen zu können, müssen nicht mehr beide Elternteile berufstätig, in Ausbildung oder krank sein. Selbst wenn ein Elternteil nicht arbeitet, sind die Beträge als Sonderausgaben abziehbar.

Handwerker. Jeder kann 20 Prozent von maximal 6000 Euro pro Jahr für Handwerkerkosten absetzen. Den Steuerbonus gibt es nur auf die Arbeits-, Fahrt- und Maschinenkosten, sie müssen in der Rechnung immer gesondert ausgewiesen sein. Kosten für Material gehören nicht dazu.

Gewerkschafter. Ebenfalls als Werbungskosten absetzbar sind Gewerkschaftsbeiträge. Das gilt auch für steuerpflichtige Rentner, Altersteilzeitler und Vorruheständler. Hierzu hat die Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main bereits am 18. September 2002 eine Verfügung erlassen. (S 2212 A – 2 – St II 27). ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

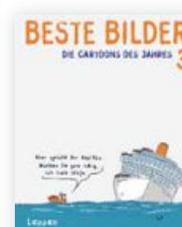
KURZ & BÜNDIG

Fragen zur Metall-Rente

Metall-Rente, das Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall, bietet Vorsorgeangebote für alle Beschäftigten in großen und kleinen Betrieben. Wer plant, fürs Alter vorzusorgen, sollte den Chef fragen, ob günstige Gruppenverträge mit Metall-Rente existieren.

Fragen beantworten auch die Berater vor Ort. Infos erhaltet Ihr telefonisch unter:

0800 723 50 91 (gebührenfrei)



»Beste Bilder 3 – Die Cartoons des Jahres«, Lappan Verlag, 9,95 Euro, ISBN: 978-3-8303-3306-7

Von witzig bis bissig

Stephan Rürup, Harm Bengen und André Poloczec sind die Stammcartoonisten der Metallzeitungsredaktion und mit vielen weiteren Cartoonisten und Cartoonistinnen in dem neuen Band »Beste Bilder 3« zu entdecken. Das Buch zeigt über 250 Cartoons. Es lädt zum Lachen und Schmunzeln ein und ist mit manch einer bösen Spitze gespickt.

Tipps zum Rentenantrag

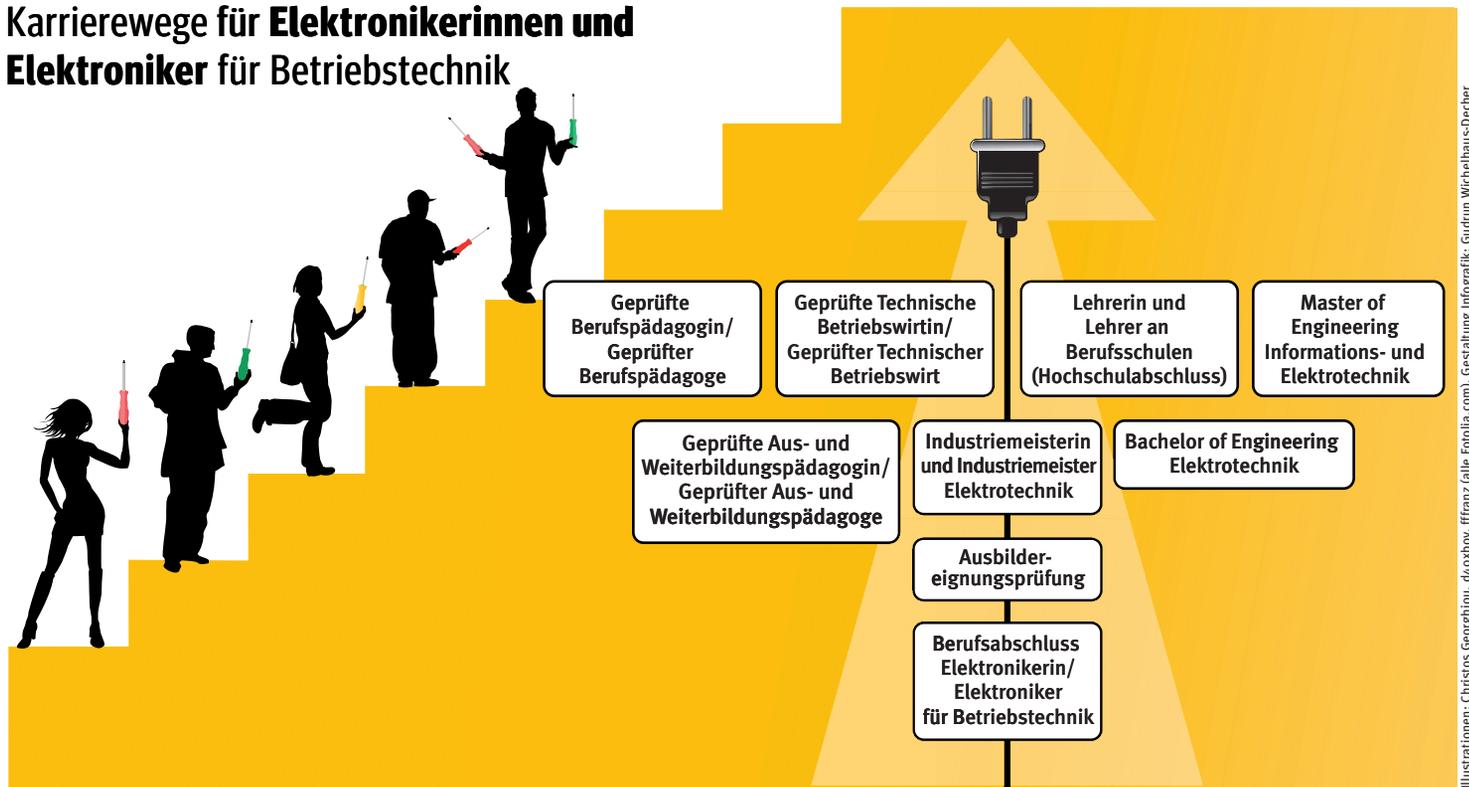
Die Broschüre »Ihr Rentenantrag – so geht's« der Deutschen Rentenversicherung liefert Antworten wie, wo und wann man den Rentenantrag am besten stellt und welche Unterlagen nötig sind. Sie erläutert die Rentenarten und liefert Infos zu Beratungsangeboten, zu Antragsfristen und zur Krankenversicherung für Rentner.

 drv-bund.de

→ Services

→ Broschüren & mehr

Karrierewege für Elektronikerinnen und Elektroniker für Betriebstechnik



Illustrationen: Christos Georgiou, d4oboy, ffranz (alle Fotolia.com), Gestaltung Infografik: Gudrun Wicheit-Haus-Decher

Elektroniker für Hightech

BERUF UND AUFSTIEG

In ihrer Serie Ausbildungsberufe mit Zukunft stellt die metallzeitung in dieser Ausgabe wieder einen industriellen Ausbildungsberuf vor: Elektronikerin oder Elektroniker für Betriebstechnik. Der ziemlich neue Schlüsselberuf für Hightech-Arbeit ebnet viele Karrierewege.

Es gibt ihn erst seit 2003, aber er ist von allen Elektroberufen der beliebteste: Etwa 20 000 junge Männer und 1000 Frauen lernen Elektroniker für Betriebstechnik.

Die Ausbildung dauert dreieinhalb Jahre. Wer die Prüfungen bestanden hat, kann als Fachmann oder -frau in verschiedenen Branchen und Betätigungsfeldern arbeiten: in der Energieversorgung zum Beispiel, in der Kommunikations- oder Meldetechnik, Beleuchtungs-, Antriebs- oder der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik. Elektroniker programmieren und montieren technische Anlagen, nehmen sie in Betrieb, überprüfen und warten sie, setzen sie instand und zeigen Nut-

zern, wie sie sie bedienen müssen. Dabei haben sie nicht nur viel mit Technik zu tun, sondern auch mit Menschen. Denn sie arbeiten meist im Team und müssen Kunden beraten und betreuen, oft auch im Ausland.

Offen für alle. Für die Ausbildung ist kein bestimmter Schulabschluss erforderlich. Unter den derzeitigen Azubis haben 20 Prozent Abitur, knapp 10 Prozent Hauptschul- und die meisten anderen Realschulabschluss.

Wer sich später weiterentwickeln möchte, kann eine Prüfung nach der Ausbildereignungsverordnung ablegen. Sie dauert rund

115 Stunden und kostet etwa 450 Euro plus 200 bis 400 Euro Prüfungsgebühren. Wer das auf sich nimmt, dem stehen verschiedene Aufstiegsmöglichkeiten offen.

Draufsatteln. Zum Beispiel als Lehrer in der Aus- und Weiterbildung oder als Industriemeister Elektrotechnik (siehe metallzeitung 11/2012). Solche Weiterbildungen kosten um die 6000 Euro.

Er oder sie kann auch Elektrotechnik studieren und den Bachelor of Engineering machen. Das ist etwa an der Hochschule Bochum als 7- bis 8-semesteriges Vollzeit- oder berufsbegleitendes Studium oder 13-semesteriges Teilzeitstudium

um möglich. Wer noch mehr erreichen will, kann den Master of Engineering in Informations- und Elektrotechnik anschließen. Doch es gibt noch weitere Möglichkeiten, wie das Schaubild zeigt.

Was es bringt. Ein Azubi, der nach Tarif bezahlt wird, bekommt zum Beispiel in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen 820 (erstes Jahr) bis 1001 Euro (viertes Jahr), danach als Facharbeiter 2294 bis 2866 Euro plus Weihnachts- und Urlaubsgeld, Leistungszulagen und Zuschläge.

Meister, Ausbilder und Fachkräfte mit Bachelor verdienen 3311 bis 4353 Euro, Akademiker mit Master 3701 bis 5256 Euro, Berufsschullehrer 3221 bis 4383 Euro. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

IG Metall-Materialien über Elektroniker für Betriebstechnik:

▶ igmetall-wap.de

Beispiel fürs Bachelorstudium:

▶ hochschule-bochum.de

Beispiel fürs Masterstudium:

▶ fh-dortmund.de

Info zum Meister:

▶ hannover.ihk.de

Informationen zur AEVO und den pädagogischen Berufen:

▶ profi-bildung.de

Mit Tarif 17 Prozent mehr

GEHÄLTER Tarifverträge zahlen sich für Ingenieure aus. In tarifgebundenen Betrieben verdienen sie deutlich besser. Wovon ihr Einkommen noch abhängt, zeigt die Übersicht der IG Metall.

Wenn Ingenieure und Ingenieurinnen nicht auf Geld verzichten wollen, sollten sie darauf achten, wie es ihr Arbeitgeber mit dem Tarifvertrag hält. Durchschnittlich 864 Euro mehr pro Monat bekommt ein Ingenieur in einem tarifgebundenen Betrieb im Vergleich zu einem Kollegen in einer Firma ohne Tarif. Das zeigt die Übersicht, die der Bereich Angestellte, IT und Studierende der IG Metall herausgegeben hat. Die Zahlen beruhen auf einer Erhebung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Das WSI wertete Daten aus verschiedenen Branchen aus.

Wie viel Ingenieure verdienen, hängt außerdem davon ab, ob sie in Ost- oder Westdeutschland arbeiten, wie groß oder klein der Betrieb ist und über welchen Abschluss sie verfügen. Ingenieure mit Fachhochschulabschluss kommen auf ein durchschnittliches Einkommen von 4228 Euro brutto pro Monat, mit Hochschulabschluss auf 4493 Euro. Positiv wirkt sich Mitbestimmung aus. In Unternehmen mit Betriebsrat liegen die Einkommen deutlich höher.

Die Lücke ist kleiner. Einen Unterschied gibt es auch zwischen Frauen und Männern. Die Verdienstlücke zwischen Ingenieurinnen und Ingenieuren ist etwas kleiner als im Durchschnitt aller Berufe, aber auch hier verdienen Frauen rund 16 Prozent weniger.

Grundlage der Gehälter ist eine 40-Stunden-Woche. Im Schnitt arbeiten Ingenieure aber

sieben Stunden mehr pro Woche. Wer dies unbezahlt tut, schenkt seinem Arbeitgeber Geld. Bei einem Bruttoeinkommen von monatlich 4898 Euro sind das im Jahr 10 286 Euro. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Die Era-Entgeltgruppen für Ingenieure gibt es unter : igmetall.de/engineering

KURZ & BÜNDIG



Foto: Techforce

Im Serious Game »Techforce« bauen Azubis einen Raumleiter.

Lernen im Computerspiel

Elektronisches Lernen ist im Kommen. Dazu gehört auch das »Game Based Learning«: Lernen mit Computerspielen, sogenannter »Serious Games«, die auch in der Berufsbildung eingesetzt werden. Beispielsweise »Techforce« vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall: techforce.de

Checkliste Weiterbildung

Lebenslanges Lernen ist angesagt. Weiterbildung wird immer wichtiger. Aber was? Wo? Und wie finanzieren?

Dabei hilft die Checkliste Weiterbildung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Anhand von Leitfragen können sich Interessierte strukturiert an Weiterbildungsberufe, Lernformen und Anbieter herantasten. Mit rechtlichen Rahmenbedingungen, Links und Glossar.

bibb.de/checkliste

Europa Schritt für Schritt

»Europa Step by Step« heißt eine Seminarreihe der IG Metall für junge Gewerkschafter, die Europa und europäische Politik kennenlernen wollen. In fünf Modulen zwischen März und September in Deutschland, England und Brüssel. Mit begleitendem Englischkurs.

igm-schliensee.de

- Seminare
- Unsere Seminare
- Europa Step by Step

Aktuelle Gehälter für Ingenieure

Ingenieure	Perzentil 25	Median	Perzentil 75	Differenz
				in tarifg. Betrieben
				in Prozent
Wirtschaft	3562	4556	5790	+ 13,7
Software	3487	4115	5088	+ 10,9
Elektro	3767	4727	6077	+ 15,9
Elektronik, Fernmelde	3860	4868	6316	+ 13,4
Maschinenbau	3769	4737	5738	+ 16,0
Chemie	3728	4707	6007	+ 16,3
Bau	3014	3728	4473	+ 16,7
Sonstige	3163	4099	5120	+ 19,3
Gesamt	3501	4400	5544	+ 17,1

Arbeitszeit: Grundlage der WSI-Erhebung ist eine 40-Stunden-Woche
Perzentil 25: 75 Prozent der Einkommen liegen darüber, 25 Prozent darunter.
Median: 50 Prozent der Fälle liegen darüber, 50 Prozent darunter.
Perzentil 75: 75 Prozent der Einkommen liegen darunter, 25 Prozent darüber.

Quelle: WSI

Weitere IG Metall-Seminare für Gehörlose

Die IG Metall bietet mehr Seminare für Gehörlose an. Nach den Schulungen des Bezirks Niedersachsen-Sachsen-Anhalt in Hustedt und Springe hat nun auch die IG Metall Hamburg im November ein Seminar veranstaltet. Weitere Verwaltungsstellen sind derzeit in der Planung. Dazu hat offenbar auch ein Artikel in der

metallzeitung vom Sommer 2011 beigetragen.

»Seitdem sind die Anfragen deutlich nach oben gegangen. Sogar aus Süddeutschland haben sich Gehörlose bei uns gemeldet«, erzählt Diana Bogar, hörende Schwerbehindertenvertreterin bei MAN in Salzgitter, die ehrenamtlich bei den Gehörlosenseminaren

referiert. Die Seminare sind speziell für Gehörlose konzipiert. Das Lerntempo ist angepasst. Gebärdensprachdolmetscher sind immer dabei. Inhaltlich geht es um Basiskenntnisse in Arbeits- und Sozialrecht, zur Situation als Arbeitnehmer sowie zum Aufbau von IG Metall und Interessenvertretung im Betrieb. ■



1. Wie hoch ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung ab 1. Januar 2013?

- 19,3 Prozent A R
 18,9 Prozent U T
 17,4 Prozent I B

2. Welches Gesetz regelt, dass nicht nur Pensionäre, sondern auch Rentner eine Steuererklärung abgeben und Teile ihrer Einkünfte versteuern müssen?

- Einkommenssteuergesetz U
 Betriebsrentengesetz A
 Alterseinkünftegesetz I

3. Die Abkürzung »TV FlexÜ« steht für ...

- Neue Gebührenordnung der GEZ S O
 Fernsehprogramm für Senioren B E
 IG Metall-Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente R E

4. Welcher Jahrgang erreicht 2013 die Regelaltersgrenze für die Rente mit 65 Jahren und zwei Monaten (ohne Vertrauensschutz)?

- 1948 T E
 1947 N E
 1946 Z E



Lösungswort:

G 1 1 2 N 3 3 N 4 4

Fotos: Tommaso Lizzul/panthermedia.net, Igor Lubnevskiy/panthermedia.net

Einsenden an:

Bitte das Lösungswort bis zum **23. Januar** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de.

Die Preise im Januar

- 1. Preis:** eine IG Metall-Reisetasche
- 2. Preis:** ein Fußball »Respekt«!
- 3. Preis:** ein »Schweizer Taschenmesser« (mini)